

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (1919)

6. Jahrgang.

Freitag, 14. Mai 1926.

Nr. 113.

Demokratische Diktatur?

Der 18. Brumaire des Josef Pilsudski

Polen hat alle Uebel, mit denen auch die anderen Nachkriegsstaaten Mitteleuropas gesegnet sind, aber es hat jedes dieser Uebel in verstärkter Form. Es wurde als Exponent der französischen Politik gegen Deutschland geschaffen, aber da es altes deutsches Reichsgebiet annectierte, ist die Reibungsfläche zwischen Polen und seinem westlichen Nachbar viel größer, als etwa die zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Polen stand in Feindschaft gegen Sowjetrußland wie alle ententistische Tributärstaaten, aber für Polen wurde der Konflikt zum Kriege. Es hat innerhalb seiner Grenzen eine Reihe nationaler Minderheiten, aber in keinem Staate sind sie so stark wie in Polen. Der Staat wurde zum Spielball streitender Parteien, aber nirgends war so wie in Polen die Grundlage für eine wüste Oligarchenwirtschaft gegeben, nirgends fehlte so wie in Polen eine Bevölkerungsklasse, die geeignet wäre, das Rückgrat des Staates zu sein, der sich eben aus den Gebieten dreier Staaten zusammensetzte, von denen höchstens der eine, Oesterreich, den Polen Gelegenheit zur Ausbildung staatsmännischer Eigenschaften gegeben hatte. Die Schicht der adeligen Grundbesitzer aber, die in Galizien regiert hatte, war wohl am allerwenigsten geeignet, die Politik eines neuen, schwer zu lenkenden Staates zu übernehmen. Die Schlachzigen von 1918 waren bereit, ihren Urgroßvätern von 1797 zu folgen und den neuen Staat zu verjubeln und zu verpressen wie jene damals den alten.

Auf allen Gebieten der Politik hat Polen aus dem Vollen gewirtschaftet, bis die Reserven verbraucht waren. Wirtschaftspolitisch hat es die reichen Bodenschätze, die agrarischen Produktionsmittel des Landes verfallen lassen und nicht verstanden, seinen Export sicherzustellen. Finanzpolitisch hat es erst die Währung heillos ruiniert, um sie dann auf Kosten der Wirtschaft zu sanieren. Die Gründung des Bloth war ein größtenteils sinnloses Paradiesstück, auf das der Rahmen neuer Währungsstürze unausweichlich folgen mußte. Das Sicherungssystem des neuen Staates ist eine ausgefuchste schlechte Zusammenfassung der schlechtesten Steuererlöse der drei Staaten, aus denen Polen hervorging. Die Belastung der Bevölkerung durch die Umsatzsteuer ist ungeheuer. Außenpolitisch rief Polen eine Großmachtpolitik gegen fast alle Nachbarn, an deren Ende notwendig die heute schon vollzogene Einigung Rußlands und Deutschlands steht, der zwei Steine, zwischen denen der Weizen des polnischen Imperialismus leicht zermahlen werden könnte. In der inneren Politik versuchte man gegen die Minderheiten und gegen die Arbeiter zu regieren. Durch Terror schächterte man die demokratischen Parteien ein, auf dem Wege der verhänglichen Politik fortzuschreiten, die mit der Präsidentschaft Marutowicz begonnen hatte. Gegen Ruthenen, Weißrussen, Deutsche und Juden wurde in gleicher Weise gewütet. Aber auch gegen Kommunisten und, je nach dem Kurs, auch gegen weiter rechts stehende Sozialisten wurden die schärfsten Mittel angewandt. Durchschnittlich hundert Todesopfer haben die Standgerichte jährlich zum Schweigen gebracht. Das System war nur haltbar durch einen Militarismus, der Unsummen Geldes verschlang. Er hat ebenso wie in Frankreich, schließlich den Staatshaushalt zerrüttet.

Das Kabinett Grabski hat das von der ersten Reichsregierung Witos hinterlassene Chaos zu bändigen versucht. Es mußte sich ein halb dutzendmal umbilden und überstand schwere Kämpfe. Als der mühsam auf den Glanz einer Goldwährung polierte Bloth seinem Namen neuerlich Unehre machte und das Gold sich als Chimäre enthüllte, trat Grabski resigniert vom Schauplatz ab. Der nächste Sisyphus war der Graf Strzynski, der eine allnationale Koalition bildete und wenigstens auf dem Gebiete der äußeren Politik gedeihliche Wege einschlug. Er

Warschau in den Händen Pilsudskis.

Die Regierung Witos im Schloß Belvedere belagert. — Die Provinz auf Seiten Witos?

Berlin, 13. Mai. Von der polnischen Grenze erfährt das Wolffsche Telegraphenbüro aus zuverlässiger Quelle: Gestern nachmittags ist es in Warschau zum Ausbruch der Revolution und zu Straßenlämpfen gekommen. Es gab viele Tote und Verwundete. Pilsudski-Truppen haben das Schloß, das Ministerpräsidium und das Ministerium des Inneren besetzt und sind auf dem Marsche nach dem Belvedere. Das Kabinett ist zurückgetreten. Eine Präsidentenkrise ist wahrscheinlich. Die Telefonverbindung mit Warschau ist unterbrochen.

Danzig, 13. Mai. (Wolff.) Nach hier vorliegenden Berichten aus Polen ist Pilsudski in Warschau selbst Herr der Situation. Dagegen haben sich die Provinzbehörden für Witos erklärt.

Währ.-Ostau, 13. Mai. Dem Vernehmen nach hat sich Pilsudski der Hauptstelle der Stadt mit dem ehemaligen Königsschloß, den Ministerien und Hauptbehörden bemächtigt. Die Regierung hat sich in den Südtteil der Stadt auf das Schloß Belvedere zurückgezogen, das der Sitz des Präsidenten der Republik ist. Noch heute um 5 Uhr früh sei in dem ausgedehnten Schloßpark gekämpft worden. Sejmarschall Katakj versuchte zwischen den beiden Parteien zu vermitteln.

Witos will nicht weichen.

Warschau, 13. Mai. Die Lage war um die Mittagstunde noch nicht geklärt; es ist noch nicht sicher, auf welche Seite sich der Sieg neigen wird. Gegenwärtig hat sich die Lage insofern verschärft, als zwei Regimenter Infanterie aus Polen vor Warschau erschienen sind. Zwischen Marschall Pilsudski und den Kommandanten der Posener Regimenter finden noch Verhandlungen statt. Ein erbitertes Blutvergießen wogte um die Warschauer Zitadelle, wo sich noch Regierungstruppen befinden, die sich schließlich Pilsudski ergaben. Das Belvedere-Palais wird vorläufig noch von Regierungstruppen gehalten. In diesem Palais befindet sich der Staatspräsident Wojciechowski und die Mitglieder des Kabinetts. Die Truppen des Marschalls Pilsudski haben neben allen wichtigen Regierungsgebäuden auch die Hauptpost und die Telegraphenzentrale besetzt. Gestern Abend hat die Regierung Witos den Ausnahmezustand über ganz Polen verhängt.

Pilsudski hat gestern in einem Schreiben an den Staatspräsidenten der Regierung ein bis acht Uhr Abend befristetes Ultimatum gestellt, worin die sofortige Gesamtemission des Kabinetts gefordert wird. Es heißt, daß der Präsident der Republik dem Ministerpräsidenten abgeraten habe, seine Demission zu überreichen, und daß der Staatspräsident selbst erklärt haben soll, den aufrührerischen Truppen um keinen Preis weichen zu wollen. Die

ses Verhalten des Staatspräsidenten geht auch aus einem Aufruf hervor, den heute ein aus dem Belvedere-Park ausgeflogenes Flugzeug abgeworfen hat. In diesem Aufruf wird die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung gemahnt und erklärt, daß Pilsudski durch seinen Staatsstreich den Boden des Gesetzes verlassen habe. Die Regierung hat alle Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes getroffen. Einen ähnlichen Aufruf hat auch der Kriegsminister an die Armee gerichtet, worin die Truppen aufgefordert werden, dem Oberbefehlshaber und dem Minister den schuldigen Gehorsam zu leisten.

Der Korpskommandant von Lublin, General Romer, hat sich für den Marschall Pilsudski erklärt. Was die Lage in den übrigen Städten Polens anbelangt, wird aus allen Teilen des Landes Ruhe gemeldet, obwohl die Lösung der Situation in Warschau überall mit großer Spannung erwartet wird.

Strenge Telephonperre.

Der Eisenbahnverkehr mit Polen funktioniert.

Währ.-Ostau, 13. Mai, 18 Uhr. Ueber die Ergebnisse in Polen und über die Lage in Warschau ist an der tschechisch-polnischen Grenze im Teschener Gebiet fast nichts bekannt. In den beiden Eisenbahngrenzstationen Teschen und Petrowitz sind aber heute die Züge aus

Polen ganz normal eingelaufen. In den Grenzstationen und überhaupt an der Grenze wurden keine besonderen Maßnahmen getroffen. Das polnische Konsulat in Währ.-Ostau und die polnische Grenztruppe haben keinerlei Anregungen erhalten, daß die Reisen nach Polen und die Erteilung von Passbisen irgendwie eingeschränkt werden sollen. Die Telephonzentrale in Polnisch-Teschchen erklärte auf den Versuch um die Ermöglichung eines Gespräches mit Kraslau, daß gemäß den erhaltenen Instruktionen die interurbanen Telephonlinien gegenwärtig ausschließlich dem Generalstab zur Verfügung stehen.

Marschall Pilsudski.

Der Kommandant der gegen die Regierung Witos und den Staatspräsidenten Wojciechowski anrückenden Truppen ist Polens volkstümlichster Mann Marschall Josef Pilsudski. Der Marschall wurde 1867 geboren, ist also heute 59 Jahre alt. Obzwar einer litauischen Adelsfamilie entstammend, trat er schon als Universitätsstudent mit der polnischen Sozialdemokratie in Berührung, wurde 1888 in einen Anschlag gegen den Zaren verwickelt und zu fünfjähriger Verbannung nach Sibirien verurteilt. Von dort zurückgekehrt, sprang er sofort wieder in den Strom der polnischen Arbeiterbewegung und wurde bald einer der führenden Männer der polnischen sozialistischen Bewegung Rußlands. 1901 erneut



verhaftet, gelang es ihm ins Ausland zu fliehen. Er ließ sich in Kraslau nieder, wo er mit aller Kraft und Leidenschaft den Befreiungskampf des polnischen Volkes vorzubereiten begann. Er wurde der Begründer der polnischen Legionen, die in dem kommenden Kampfe gegen Rußland als der Kern einer polnischen Nationalarmee gedacht waren.

Als der Weltkrieg ausbrach, schlossen sich diese Legionen, die stark unter dem Einfluß der sozialistischen Bewegung standen, der österreichischen Armee an. Ihr Kommandant wurde eben Josef Pilsudski. Sein Bestreben aber ging dahin, aus diesem Pilskorps der österreichischen

schloß den Locarnovertrag, er empfing Tschischerin in Warschau, er bejuchte vor kurzem eine Reihe von Hauptstädten. Polen sollte endlich Freunde an seinen Grenzen bekommen. Aber auch das Kabinett Strzynski scheiterte an der Währungs- und Budgetfrage. Der Finanzminister Jdzichowski wollte Polen mit einer amerikanischen Anleihe sanieren. Um den Kredit zu erhalten, versprach er, um jeden Preis den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Damit er aber dieses Kunststück vollbringen könnte, wollte er die Beamtengehälter abbauen. Sein Plan stieß auf den energischen Widerstand der Sozialdemokraten. Die ständige Krise löste Diktaturgelüste aus. Der Faschismus gewann in den Reihen der Nationaldemokraten und der Bauernpartei „Piast“, die von Witos geführt wird, zahlreiche Anhänger. Witos selbst forderte ganz offen die Diktatur. Um der Gefahr einer faschistischen Diktatur mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten zu können, wollten die Sozialdemokraten den streng republikanischen Marschall Pilsudski, der seit Jahren außerhalb der aktiven Armee steht, zum Chef der Armee machen. Strzynski wäre dazu bereit gewesen, die Rechtsparteien verhinderten die Ernennung des demokratischen Generals. An dieser Klippe zerfiel die allnationale Koalition und das Kabinett Strzynski.

In den letzten Tagen versuchten Strzynski, Grabski und Witos die Kabinettsbildung. Witos gelang es schließlich, ein ausgeprochenes Rechtskabinett zu bilden.

Die Sozialdemokraten sagten der neuen Regierung den schärfsten Kampf an. Noch heftiger bekämpfte sie Pilsudski in seinem Blatt „Kurjer Poranni“. Als bewaffnete Banden die Villa des Marschalls überfielen, kam der Stein ins Rollen. Die dem Marschall ergebene Armee, die Schützenbataillone und die Arbeiterkämpfer stehen hinter der Revolte, die somit alle Aussicht hat, ein Erfolg zu werden. Mit diesem Erfolg, der im Augenblick noch nicht sicher ist, beginnt aber erst das Problem der Diktatur Pilsudski.

Der Fall selbst, daß ein General sich an die Seite der revolutionären Klasse stellt und ihr die Armee zuführt, steht in der europäischen Geschichte ziemlich vereinzelt da. Er ist in Polen nur durch die besonderen Verhältnisse zu erklären. Daß auf diese Weise ein General zur Macht gelangen kann, ist aber nichts weiter Besonderes. Die Frage ist nur die, was dieser General und Diktator im Namen der Demokratie mit der Macht anfangen kann. Wird Pilsudski kraft der Macht seiner Bajonette regieren oder wird er eine demokratische Regierung bilden lassen? Und bildet er sie, kann die wichtigste Reform, die zur Sanierung Polens nötig ist, der Abbau des Militarismus unter dem Regiment eines Generals durchgeführt werden, der seine Macht dem Militarismus dankt? Wird Pilsudski den sozialdemokratischen Finanzplan, die Vermögensabgabe, durchsetzen wollen und können? Und schließlich die Kardinalfrage überhaupt: Kann die Demokratie vor der Diktatur durch eine Diktatur ge-

rettet werden? Mit anderen Worten: kann die militärische Revolte wirklich nur Mittel zum Zweck bleiben oder muß sie nicht notwendig die Sache, der sie dienen wollte, selbst mit unter das Joch beugen?!

Polens Rettung liegt ja im Grunde anderswo und es wird über sie nicht in Warschau allein entschieden. Die Bildung der Nachfolgestaaten als Ergebnis kriegerischer Auseinandersetzungen hat diese Staaten alle zu unglücklichen Mißgeburten werden lassen. Die einen sind zu groß, die andern zu klein, allen fehlt vorläufig der gute Wille, im Innern und nach außen friedlich und vernünftig Politik zu machen. Die wirtschaftliche Einigung Mitteleuropas, die politische Befriedigung, die Abrüstung und die Lösung der Minderheitsfragen allein können Polen und alle jene Staaten retten, denen Polen ein warnendes Beispiel sein sollte. Daß eine Militärdiktatur, und sei es selbst eine demokratische, eine Etappe auf diesem Weg ist, muß wohl doch bezweifelt werden. Und das macht die Revolte Pilsudski bedenklich. Trotzdem wünschen alle Anhänger der Demokratie Pilsudski den Sieg, weil er auf jeden Fall von zwei Uebeln das kleinere ist. Jeder 18. Brumaire ist noch als Erlösung empfunden worden und aus jedem entsprang doch notwendig ein Regime, das sich gegen das Volk richtete. Dieses Doppelspiel zeigt auch die Warschauer Revolte; wenn anders sie der 18. Brumaire des Josef Pilsudski ist und nicht vielleicht der Stoff zu einem Libretto, was zur Stunde niemand zu sagen vermöchte.

Armee eine eigene polnische Nationalarmee zu schaffen, weshalb er sich mit der österreichischen Regierung überwarf. Da er seine Pläne nicht durchsetzen konnte, nahm er seine Entlassung. Es dauerte aber nicht lange, da spielte Pilsudski wieder eine aktive Rolle. Im Januar 1917 wurde er in den provisorischen Staatsrat des kurz zuvor von den Mittelmächten ausgerufenen polnischen Staates berufen. Als solcher suchte er sämtliche politischen Parteien seines Volkes für ein Programm völliger Unabhängigkeit zu gewinnen. Das brachte ihn in einen neuerlichen Konflikt mit den Mittelmächten, er wurde von den deutschen Okkupationsbehörden verhaftet und in Magdeburg interniert.

Als nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte Pilsudskis Kriegsziel, die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates, sich erfüllte, kehrte er — im November 1918 — wie ein Triumphator nach Warschau zurück. Der Regentenschaft übertrug ihm diktatorische Gewalt und beauftragte ihn die Bildung einer Regierung in die Wege zu leiten. Pilsudski berief daraufhin eine polnische Nationalversammlung ein und betraute zuerst den Führer der polnischen Sozialdemokratie des ehemaligen Österreich-Ungarns, Józef Piłsudski und später den ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten des Wiener Reichsrates Moraczewski mit der Bildung einer Regierung. Am 23. November 1918 wurde Pilsudski mit der höchsten Würde der polnischen Republik beehrt: er wurde ihr erster Präsident.

Als zum Ende des Jahres 1922 stand Pilsudski an der Spitze des polnischen Staates. Aber auch nach seinem Rücktritt war seine Rolle nicht ausgeblieben. Er wurde Chef des Generalstabs, von welchem Posten er freiwillig schon das Jahr darauf zurücktreten mußte. Aber auch weiterhin wurde sein Name immer wieder genannt, wenn in Polen politische Krisen — und solche hat es in den letzten Jahren recht viele gegeben — ausbrachen. In den letzten Monaten beriet der polnische Sejm ein Gesetz, welches die Schaffung eines Generalinspektors der polnischen Armee vorsah, eine Stellung, für die Pilsudski in Aussicht genommen war. In der polnischen Armee genießt er eine außerordentliche Popularität und auch die polnischen Schützenvereine, deren Bedeutung für die jetzige Krise in Polen nicht unterschätzt werden darf, sind auf ihn eingeschworen. Er gilt als ein außerordentlich entschlossener und tatkräftiger Mann, politisch ist er zweifellos den Parteien der Linken zuzuzählen.

Einzelheiten über den Umsturz.

Warschau, 13. Mai. Als am gestrigen Tage die Truppen des Marschalls Pilsudski von der Vorstadt Praga aus gegen Warschau marschierten und auf der Poniatowski-Brücke angekommen waren, erschien bei den Vorposten der Pilsudski-Streitkräfte der Präsident der Republik, Wojciechowski, und übergab den Vorposten ein Schreiben an den Marschall Pilsudski. In diesem Schreiben forderte der Präsident der Republik den Marschall auf, sich zu unterwerfen. Pilsudski erklärte dem Staatspräsidenten, daß er auf keinem Wege die Gewalt nicht mehr aus der Hand geben werde. Kurze Zeit später forderte Pilsudski die Demission des Kabinetts Witos. Um 8 Uhr abend begann dann das Feuergefecht zwischen den Truppen des Marschalls und jenen der Regierung. Der Präsident der Republik hat den General Rozwadowski zum Kommandanten der Regierungstruppen in Warschau ernannt und ihm den Befehl erteilt, gegen Pilsudski zu kämpfen und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Neue Verschärfung der Lage in England.

Die Arbeitgeber machen Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Streitenden. — Scharfe Sprache der Gewerkschaften.

London, 13. Mai. (Reuter.) Der Generalrat der Gewerkschaften veröffentlicht eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß zahlreiche Arbeitgeber versuchen, die Arbeitern zu Opfern der Lage zu machen und ihnen erniedrigende Bedingungen, darunter auch Lohnverminderungen aufzuzwingen.

Der Generalrat erklärt, die Gewerkschaften, deren Mut nicht gebrochen ist und deren Kräfte ungeschwächt sind, werden diesen Bestrebungen bis zum äußersten Widerstand leisten. Weiterhin richtet die Erklärung an Baldwin das Ersuchen, die Regierung möge Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitgeber dazu zu bringen, dem Geiste von Baldwin's Auspruch zur Verschönlung mehr zu entsprechen.

Der Generalrat hat außerdem an sämtliche Gewerkschaften telephonisch die dringende Aufforderung gerichtet, keine anderen Arbeitsbedingungen anzunehmen, als die, die vor dem Streik bestanden haben. Gleichzeitig werden die Arbeiter aufgefordert, sich nach den Anordnungen der Gewerkschaftsführer zu richten.

* * *

London, 13. Mai. (Reuter.) Die Gewerkschaftsverbände gaben den Eisenbahnern und Dockarbeitern die Weisung, den Streik fortzusetzen, solange kein Einvernehmen über die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ganze Arbeiterschaft gefunden sei.

Die Vertreter der Bergarbeiter hielten heute abends mit Baldwin Beratungen über die Regelung des Kohlenkonfliktes ab.

London, 13. Mai. Gegenwärtig ist die Lage von den Schwierigkeiten beherrscht, die sich aus der durch den Generalstreik verursachten großen wirtschaftlichen Desorganisation ergeben. Zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Verbänden der Arbeiter sind Verhandlungen ausgenommen worden. Ein Hindernis aber ergibt sich aus dem Umstande, daß nur von einer allmählichen Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Streik die Rede sein kann und daß manche Unternehmungen infolge der wirtschaftlichen

Folgen des Streikes ihre Betriebe einstweilen einschränken müssen, während verschiedene Arbeiterverbände darauf bestehen, daß die Teilnehmer am Streik reiflos eingestellt werden. Die Eisenbahner erklären, daß ein normaler Eisenbahndienst nicht vor nächster Woche erwartet werden kann. Einstweilen wird die Zahl der Züge schrittweise erhöht. Das Londoner Straßenbild hat sich im wesentlichen immer noch nicht geändert. Nur die Autobusse sind wieder vollständig vorhanden und die Zahl der Autobusse hat sich vermehrt.

Lloyd Georges Blatt „Daily Chronicle“ teilt in seinem Leitartikel Tadel nach beiden Seiten aus. Der Regierung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie den verhängnisvollen Fehler begangen hat, als sie unüberlegungsweise die Verhandlungen abbrach, den Gewerkschaften, daß sie den Befehl zum Streik erteilten, obwohl viele ihrer Führer sich über die schädliche Wirkung eines Generalstreikes vollkommen klar waren.

Gehler soll Kanzler werden.

Die bisherige Koalition der Mittelparteien bleibt au'rcht?

Berlin, 13. Mai. (Wolff.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im derzeitigen geschäftsführenden Kabinett beauftragten Reichswehrminister Dr. Gehler und richtete an ihn die Frage, ob er auf der bisherigen Grundlage der Koalition der Mittelparteien die Neubildung der Regierung übernehmen wolle. Dr. Gehler hat sich seine Entscheidung bis nach der Fühlungnahme mit den in Frage kommenden Parteien bis morgen mittag vorbehalten.

Berlin, 13. Mai. (Eigenbericht.) Die offiziellen Verhandlungen über die Neubildung der Regierung haben heute trotz des Feiertages ihren Anfang genommen. Vorläufig scheint der Reichspräsident daran zu denken, das bisherige Kabinett weiter bestehen zu lassen und ihm nur eine andere Stütze zu geben. In dieser Richtung sind auch bereits Besprechungen ausgenommen worden; es wird an die bisherigen Reichswehrminister Gehler oder an den Außenminister Stresemann als Kanzler gedacht. Die Demokraten versuchen, die Sozialdemokraten zu veranlassen, sich ohne weiteres an einem Kabinett der großen Koalition unter Gehler oder Stresemann zu beteiligen. Das erscheint jedoch ganz ausgeschlossen, denn gegen

beide Minister hat die Sozialdemokratie ein nicht weniger starkes Mißtrauen als gegen Luther.

Die Sozialdemokratie hat zwar erklärt, daß sie sich an den Verhandlungen über die Regierungsbildung beteiligen werde; das kann aber nur in der Richtung verstanden werden, daß das Kabinett vollkommen umgestaltet und auf ein Programm verpflichtet wird, das die Republik gegen die Anschläge der Reaktion sichert, die Sozialgesetzgebung wesentlich erweitert und die Grundlagen für eine den breiten Volksmassen dienende Wirtschafts- und Handelspolitik schafft.

Das Stresemann'sche Volkspartei auf diese Bedingungen nicht eingeht, hat man schon bei der vorigen Regierungskrise erfahren. Wie weit Zentrum und Demokraten bereit sind, gemeinsam mit der Sozialdemokratie ein Programm des politischen und sozialen Fortschrittes zu verwirklichen, wird sich wohl schon in den nächsten Tagen zeigen.

Blutvergießen ohne Ende.

Der „Heilige Krieg“ in Marokko.

Paris, 13. Mai. (Havas.) Abdelkrim hat von neuem den „Heiligen Krieg“ proklamiert und ein terroristisches Vorgehen gegen jene Stämme angeordnet, die ein unentschiedenes Verhalten zeigen.

Luthers Ende.

Die Demission, die der deutsche Reichskanzler Luther im Namen des gesamten Kabinetts am Mittwoch überreichte, nachdem ihm der Reichstag wegen der Flaggenverordnung das Mißtrauen ausgesprochen hatte, beendet einen ziemlich unrühmlichen Abschnitt in seiner politischen Laufbahn. Luther hat einst bessere Tage gesehen. Man rühmt ihn nach, daß er einen großen Anteil daran habe, daß die deutsche Währung heute wieder stabilisiert ist. Unter seiner Kanzlerschaft wurde der Locarno-Pakt abgeschlossen, der Deutschland nach langen Demütigungen der Nachkriegszeit wieder als gleichberechtigt im Staatenkonzern auftreten ließ, und wenn Deutschland heute formell noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, so trifft Luther kein Vorwurf. Er hat eingesehen, daß außenpolitisch jede deutsche Regierung die Politik Wirths und Rathenaus machen muß, und hat danach gehandelt, trotzdem er sich dadurch die Gunst der Deutschnationalen verscherte. Die nach Locarno aus der Regierungskoalition ausstrangen, in der festen Absicht allerdings, so bald als möglich wieder hineinzugehen.

Dies war auch Luther's schärfster Wunsch, dessen republikanische Gesinnung zumindest nicht sehr gefestigt ist. In dem Bestreben, den absetzenden, großdenkenden Deutschnationalen in einer Prestigefrage, wie es die Flaggenfrage nun einmal ist, entgegenzukommen und sie dadurch so weit zu bringen, Locarno nun einmal als unabänderlich hinzunehmen und dafür im Rahmen einer ausgesprochenen Rechtsregierung im Innern die Republik so weit als nur möglich abzubauen, hat sich Luther nur in einem Geirrt: in der richtigen Einschätzung aller der Massen, die sich auch heute noch schützend vor die Republik und ihre schwarz-rot-goldene Flagge stellen. Die demokratischen und Zentrumsmänner stimmten der wahrscheinlich von Stresemann eingefädelteten Betordnung zu; die Reichstagsfraktionen der beiden Parteien hätten es vielleicht auch noch getan, aber der Unwille, der sich in ihrer Wählerschaft erhob, als die Flaggenverordnung bekannt wurde, hielt sie beizeiten davon ab. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und angepornt durch den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag, über den in Kürze abgestimmt werden mußte, suchten die Regierungsparteien nach einem Ausweg und schon schien er gefunden: der Reichspräsident sollte in einem vorher festgelegten Schreiben begütigend einwirken und die veröhnliche Lösung der aufgelösten Flaggenfrage überhaupt für die nächste Zeit in Aussicht stellen.

So konnte Luther es wagen, die wohlgemeinten Ratschläge aus Kreisen der Regierungsparteien, er möge noch vor der Reichstagsöffnung von Dienstag, in der der sozialdemokratische Mißtrauensantrag zur Sprache kommen sollte, selbst abhandeln, in den Wind zu schlagen. Die Veruhigungsspiele in Form des verabredeten Schreibens des Reichspräsidenten wurde veröffentlicht, aber jetzt kam erst der eigentliche Krach: es zeigte sich nämlich, daß jemand in dem vorher mit Zentrum und Demokraten vereinbarten Text kleine Korrekturen vorgenommen hatte, die deutlich die Tendenz zeigten, jeden noch so geringen Anstoß bei den Deutschnationalen zu vermeiden. Während das Zentrum, dessen rechter Flügel alles andere als republikanisch ist, sich auch jetzt noch mit einem Aufschub der ganzen Angelegenheit, die einem besonderen Ausschuss zu überweisen wäre, zufrieden gegeben hätte, brachten die Demokraten nun ebenfalls einen Mißtrauensantrag ein.

Luthers einzige Hoffnung beruhte darauf, daß die Deutschnationalen, denen zu Liebe er doch die ganze Aktion unternommen hatte, ihn jetzt nicht im Stich lassen und gegen die von mehreren Seiten

Aus dem Tischen von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

21 Von Jiti Haußmann.

„Aber diese siegreiche Kirche wird keine Rache nehmen, wird nicht Böses mit Bösem vergelten, sondern treu dem Gebote Christi wird sie ihre Feinde lieben und segnen diejenigen, die ihr Unbilden zufügen. Eingedenk der Worte der hl. Schrift, daß eher ein Kamel durch ein Nadelohr geht, als ein Reicher ins Himmelreich kommt, wird sie sich nicht um irdische Güter bemühen, die sie auf unrechte Wege führen könnten, sondern ...“

Weiter kam der würdige P. Ferdich nicht. Der Vorsitzende, der hierale Abgeordnete Ondrich, ein ehemaliger Agator hatte nämlich augenblicklich die Situation erfaßt, sagte einige Worte zu dem neben ihm sitzenden Schriftführer und packte mit seiner eisernen Faust den unglücklichen Redner an der Schulter. Dann erklärte er kurz, daß der geschätzte Kollege infolge plötzlichen Unwohlseins leider keine interessanten Ausführungen nicht fortsetzen könne und führte ihn trotz verzweifelten Protestes energisch aus dem Saale.

Derartige ungewöhnliche Vorfälle verzeichnen die Polizeichronik täglich zu hunderten und ihre bloße trodene Aufzählung würde ganz leicht ein Buch vom Umfang eines mittleren Konversationslexikons füllen. Die Mehrzahl davon verläuft allerdings ohne bemerkenswertere Folgen, aber einige konnten doch zu höchst bedauerlichen Konsequenzen führen; so wurde z. B. auf der Börse eine grenzenlose Panik verursacht, als ein bekanntes Bankhaus aus rein ethischen Gründen die wertlosen Papiere einer vor dem Konkurs

stehenden Gesellschaft zum Nominalwert ankaupte und umgekehrt wiederum eine Menge Aktien, die zurzeit sehr hoch bewertet wurden, unter Paßi verkaufte. Oder welche Gefahr für den Staat mußte daraus entstehen, daß einige ethisierte Feldwebel unter den Rekruten altruistische Ideen zu verbreiten begannen!

Die Regierung sah anfangs dem Treiben der „Pacifis“ unstätig zu; aber als die Dinge so weit gediehen waren, daß der heimlich ethisierte Minister für auswärtige Angelegenheiten an alle vereinigten Staaten eine Note sandte, in der er im Interesse des allgemeinen Friedens auf deren sämtliche vernünftige Forderungen von vornherein einzugehen versprach, wurde beschloffen, das strenge Verbot der privaten Erzeugung, des Verkaufes und jeglicher Verbreitung von Agatherie zu erlassen.

Dieses Verbot bedurfte leider der parlamentarischen Bewilligung; aber bevor es dazu kam, war es schon zu spät. Der Privatsekretär des Chrysoptas hatte sich in seiner Voraussetzung nicht getäuscht, daß die durch Agathergie altruistischen Menschen ganz von selbst die verlässlichsten Propagatoren der Sittlichkeit sein würden, so daß diese im geometrischen Verhältnis wachsen werde. Zu der Handvoll der sechzig ursprünglichen Agenten kamen täglich Scharen von Freiwilligen hinzu, es bildeten sich Orts- und Bezirks-Moralisierungsausschüsse, nichts abneidende Fußgänger, ja ganze Niederlassungen wurden überfallen und mit Gewalt für die pacifistische Idee gewonnen, ja, bereits nicht einmal in eigenen Hause war man des eigenen Egoismus sicher. In einem wichtigen Industriezentrum wurden sogar die Einwohner unter dem Vorwande eines sensationellen Matches mit englischen Professionals auf den Fußballplatz gelockt, und als sie dort in Massen erschienen, wurden sie von einem wahren Regen agathergischer Funken überschüttet, die aus einem neu erfundenen Ap-

parat, dem sogenannten mechanischen Schnellmoralisator, hervorkamen. Die Anstreckung verbreitete sich in der Richtung von Nord nach Süd und täglich wurden offizielle Nachrichten über die Größe der betroffenen „Zonen“ ausgegeben. Die Fabriken auf Kap Cook arbeiteten Tag und Nacht, die Lagerhäuser der „Pacifis“ vermochten die Hochflut der Bestellungen nicht zu erdigen, vor den Verkaufsstellen drängten sich schon in den frühen Morgenstunden endlose Fronten. Matte Versuche zur Gründung von bewaffneten Selbsthilfe-Organisationen der Egoisten wurden mit Hilfe einiger zweckmäßig aufgestellter Schnellmoralisatoren im Keime erstickt.

Das Ergebnis dieser fieberhaften Tätigkeit war, daß die erwähnte Prohibitionsvorlage überhaupt nicht vor's Parlament kam, denn an dem zu ihrer Sanktion festgesetzten Tage war bereits die südlichste Zone Nordutopiens und damit 99 Prozent der Gesamtbevölkerung (Regierung und natürlich auch das Parlament selbst einbezogen), der Ethisierung erlegen.

Den übrigen Rest von einem Prozent bildeten vor allem Chrysoptas selbst mit seiner Tochter und dem Privatsekretär, dann der Verwaltungsrat der Automobilwerke und schließlich einige durchtriebene Heuchler, welche die eifrigste altruistische Agitation vorschüpften, um so den Anschein zu erwecken, sie seien schon selbst ethisiert; in Wirklichkeit aber zogen sie in geradezu schamloser Weise aus der Sanftmut, Güte und Humanität ihrer agathergisierten Umgebung Vorteil. Obwohl das Treiben dieser menschlichen Bestien später fürchterliche Dimensionen annahm, ist es vorderhand nicht möglich, hier näher darauf einzugehen, denn die genaue Einhaltung der chronologischen Reihenfolge erfordert unabwieslich vorher einige andere, noch bedeutungsvollere Begebenheiten zu schildern.

11. Kapitel.

Sphärische Blitze.

Die Insel Utopien (vgl. die Landkarte), die im siebzehnten Jahrhundert von Thomas Morus entdeckt und seither von einer Reihe Entdeckungsreisender gründlich erforscht wurde, wird durch den tief einschneidenden Dividentimpratischen Meerbusen in zwei annähernd gleiche Teile, einen nördlichen und einen südlichen, geteilt. Beide verbindet eine sehr enge, von einem hohen Gebirgskamm durchzogene Landenge namens Dhnutta, in deren Mitte sich malerisch der wichtigste, obgleich nicht sehr volkreiche Hafen Bellucas ausbreitet. Die Nordhälfte, mit reichgegliedertem Küste und fruchtbarem Boden, ragte mehr durch hochentwickelte Landwirtschaft und lebhaften Handelsverkehr hervor, während reiche Kohlenlager im Süden den Impuls zu einer großartigen industriellen Entwicklung gaben — ein anderer wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Teilen des Reiches wäre schwer festzustellen. Namentlich in der Bevölkerung war der Sinn für nationale und staatliche Einheit tief eingewurzelt, so daß sie konsequent jeden Lokalpatriotismus, sowie separatistische Bestrebungen einiger verschrobener Wirkköpfe ablehnte, die besonders am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in Subvile unter der Führung eines Unzufriedenen namens Grabeur, eine eifrige autonomistische Agitation entfaltet hatten. Die Bewegung fand aber keinen Anhang, die wenigen Parteigänger zerstreuten sich in alle Winde und Grabeur selbst begab sich, nachdem er in mehreren öffentlichen Versammlungen gründlich verprügelt worden war, ins Exil, wo er, von allen verabschiedet, im Elend starb.

(Fortsetzung folgt.)

grohenden Mißtrauensanträge stimmen würden. Doch auch diese letzte Hoffnung hat er sich selbst verschert, als er im Reichstag in einer auffallend schwachen Rede zwar erklärte, von dem geplanten Ausschub der Verordnung bis 1. August könne nicht die Rede sein, im selben Atemzug aber, um auch der Linken entgegenzukommen, die schlechten Verhältnisse in der Ostverbindung mit den entfernten deutschen Missionen zum Anlaß nahm, um das Mißtrauen der Verordnung doch so lange hinauszuschieben, bis auch — an den entferntesten Punkten der Erde die deutschen Vertreter sicher im Besitz der Flaggenvorordnung sein würden, damit deren Durchführung überall gleichzeitig erfolge. Allgemeine Heiterkeit erstrahlte die weiteren Ausführungen Luthers; er hatte sich so glücklich, wie ein Berliner Blatt schreibt, zwischen sämtliche Parteien gesetzt. Die Deutschnationalen tobten über dieses „Zugständnis“ an die Linke, das wieder von dieser mit Recht als etwas zu gering empfunden wurde, und so ereilte Luther das Schicksal, daß zwar der sozialdemokratische Mißtrauensantrag abgelehnt wurde, dafür aber der Demokraten bei Stimmhaltung der Deutschnationalen die nötige Mehrheit fand.

Zu bedauern sind dabei in erster Linie wohl die armen Auslandsdeutschen, die die Verordnung ja aus dem unerträglichsten Zwiespalt reiten sollte, als gute halbkreuzler Kaiser's Geburtstag ganz ohne den gewohnten Flaggenschmuck feiern zu müssen, da man die offiziellen deutschen Farben, das Schwarz-rot-gold der Judenrepublik, doch nicht aushängen will, eine andere, als die offizielle Flagge unter dem Druck der diversen Polizeibehörden des betreffenden Staates aber nicht gebrauchen darf. So sollte nun künftig neben der schwarz-rot-goldenen auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge auf allen Konsulaten ausgehängt werden; die kleine Verunstaltung, ein republikanisches Ed, hätte man ja im privaten Verkehr ruhig weglassen können, und so war der innigste Wunsch der halbkreuzlerischen Auslandsdeutschen, sich zu den patriotischen Festtagen aus der Wilhelmischen Aera den obligaten Festesrausch unter dem kaiserlichen schwarz-weiß-roten Banner antrinken und ausschlafen zu können, schon so nahe seiner Erfüllung, um dann doch noch an der mangelnden Einsicht der deutschen Verfassungskomitee zu scheitern.

Doch auch die deutsche Republik zu bedauern wäre, daß sich Herr Luther so auf höchst künstliche Weise sein eigenes Grab geschaufelt hat, ist wohl zu verneinen. Was nachkommt, ist zwar noch ungewiß; selbst die Erweiterung der Regierung nach rechts ist nicht ausgeschlossen, aber eins hat sich untrüglich gezeigt: die Republik ist in den Massen des deutschen Volkes so gut verankert, daß auch die Rechtsregierungen ihr nichts anhaben können. Die Luther so wird auch jeder seiner Nachfolger den kürzeren ziehen, der sich dieser Einsicht starrköpfig verschließen wollte!

Im roten Wien.

2. Die sozialdemokratische Finanzpolitik.

Das Länderwettbewerb Wien-Tschechoslowakei, das im März stattfand, brachte der Gemeinde Wien an Lustbarkeitssteuer den Betrag von 22.846 Schilling (109.000 tschechische Kronen), ungefähr so viel, wie die Betriebskosten der Warmestuben für ein Jahr erfordern. — Die Lustbarkeitsabgabe von Zirkus- und Varietee-Vorstellungen ergibt eine Jahreseinnahme von vier-einhalb Millionen tschechische Kronen. — Die Familie Rothschild zahlt an Hauspersonal-, Kraftwagenabgabe- und Wohnbausteuern sowie an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb jährlich 7875 österreichische Kronen.

Diese wenigen Beispiele zeigen schon, warum Genosse Breiten er, der Leiter des Wiener Finanzwesens, und mit ihm die ganze sozialdemokratische Gemeindeverwaltung, von der Bourgeoisie inbrünstig gehaßt wird, warum die bürgerliche Presse Wiens nicht müde wird, über den harten Steuerdruck zu klagen und die rote Gemeinderatsmehrheit des „Steuerfahismus“ zu beschuldigen. Diese Beispiele erklären aber auch, warum das Vertrauen nicht nur der Handwerker und der Kleingewerbetreibenden zur sozialdemokratischen Stadtverwaltung ununterbrochen wächst, — sie erklären auch den beispiellosen Zustrom immer neuer Volksschichten zur sozialdemokratischen Partei. Die Gemeinde Wien besteuert nicht die Armen, sondern die Besitzenden, — nicht das Lebensnotwendige, sondern den Luxus, — sie zwingt den Besitz der Kosten für die vielfältige soziale Arbeit der Gemeinde zu tragen.

Eine Steuerpolitik, die unsere Arbeiterabordnung zu staunender Bewunderung zwang, die dem Genossen Breiten er die aufrichtige Verehrung unserer Genossen zuwandte, — die aber leider, leider für unsere Gemeindepolitik nur in sehr bescheidenen Grenzen vorbildlich sein kann. Denn Wien ist eine große, reichsumittelbare Stadt, ist zugleich österreichisches Bundesland, und der Wiener Gemeinderat kann als Landtag eigene Steuererlasse beschließen, sofern nicht dadurch Bundesgesetze berührt werden. Wir haben keine so große Stadt, die Steuerautonomie unserer Gemeinden ist eine sehr beschränkte. Wir können also in unseren Gemeinden nicht das Wiener Beispiel nachahmen. Aber nirgends kann man ausländische Beispiele einfach kopieren. Daß sie den westeuropäischen Arbeitern trotz ganz anderer wirtschaftlicher und politischer Machtverhältnisse zumuten, die bolschewistische Revolution zu kopieren, gerade das machen wir den Kommunisten zum Vorwurf. — Wir können unter den derzeitigen Verhältnissen nur wenig von dem praktisch verwerten, was wir in Wien an sozialistischer Gemeindegeldarbeit gesehen haben. Und doch bleibt Wien ein wunderbares Beispiel. Ein herrliches Beispiel dafür, daß die sozialdemokratische Steuergrundfrage: Entlastung der Armen, Belastung der Besitzenden, durchführbar sind, durchführbar dort, wo die Sozialdemokratie zur Macht gelangt!

Der völligen Erneuerung des Wiener Steuerwesens ging voran, die Machteroberung und dieser ging voran jahrzehntelange Parteiarbeit, jahrzehntelange Erziehung der Massen für den Sozialismus, Erziehung und Schulung der Arbeiter, und die Machtgewinnung war nur möglich, die Machtbehauptung ist nur möglich, weil die Kommunisten nie Einfluß auf die österreichische Arbeiterbewegung gewannen, weil die Arbeiterpartei Wiens alle Spaltungversuche abzuwehren vermochte. Wäre auch die Arbeiterbewegung Wiens durch den Kommunismus verwüstet worden, dann würden längst wieder Christlichsoziale und Großdeutsche die Stadt beherrschen, dann gäbe es keine Wohnbauten, keinen Breitenerschen „Steuerfahismus“, dann würde sich gegenüber dem Steuerherrscher der Vorkriegszeit nicht viel geändert haben. Die Massen müßten zahlen und die Reichen würden geschont.

Die Wiener Gemeindesteuern waren vor dem Kriege in der Hauptsache folgende: Zuschläge zum Mietzins, die ja auch bei uns noch einen wesentlichen Bestandteil des Steuerherrschafts bilden, dann die Verzehrungssteuer auf Fleisch, Besteuerung des Alkohols, Reingewinne der städtischen Betriebe. — Jetzt gibt es keine Meisteuer mehr. Die Stadt hätte wohl das Recht, sie einzuhoben, aber sie macht keinen Gebrauch davon. Es gibt auch keine Verzehrungssteuer mehr. Und die städtischen Unternehmungen führen keine Reingewinne mehr ab, weil sie nicht als gewinnbringende Unternehmungen geführt werden, sondern eine viel schönere Aufgabe zugewiesen erhielten: der Bevölkerung billiges Gas und billigen elektrischen Strom zu liefern und ihr billiges Fahren auf der Straßenbahn zu ermöglichen. Vor dem Kriege kostete in Wien ein Kubikmeter Gas 17 Goldschilling; dazu kam noch die Gasmesserrente. Heute beträgt der Gaspreis in Wien 19 Groschen oder 13.57 Goldschilling. Da ist schon die Wasserkrastabgabe und die staatliche Warenumsatzsteuer mit eingerechnet! Das Gas ist also um 28.5 Prozent billiger als in der Zeit der Herrschaft der Christlichsozialen. Es ist auch billiger als in allen Großstädten Europas. In Prag ist es genau doppelt so teuer! Dafür ist aber auch die Zahl der Gasabnehmer von 211.815 im Jahre 1913 auf 355.704 im März dieses Jahres gestiegen. — Auch der Preis des elektrischen Stromes ist billiger als in allen anderen Großstädten. Die Festwattstunde Licht hat im Frieden 7 Goldschilling gekostet. Sie kostet jetzt einschließlich Wasserkrastabgabe und Warenumsatzsteuer 3.61 Goldschilling! Der Erfolg: Die Zahl der Anlagen stieg von 92.500 im Jahre

1913 auf 462.528 im März dieses Jahres. — Der Wasserheller wurde abgeschafft.

Die sozialdemokratische Gemeindegeldpolitik, die bei ihrem Amtsantritt völlig geleerte Kassen vorfand, und nicht gewillt war, die bisherige Ausbeutung der Konsumenten und Mieter fortzusetzen, mußte ein ganz neues Steuerherrschaft schaffen. Es besteht nun, da es vollständig ausgebaut ist, aus folgenden Abgaben: Luxussteuern, und zwar Lustbarkeitssteuer für Vergnügungen aller Art, 10 bis 50 Prozent betragend am härtesten die Veranstaltung von Rennen-, Box- und Ringwettkämpfen treffend, — Abgabe von Speisen und Getränken in Luxuslokalen, — Kraftwagenabgabe (Lastwagen und Motorräder sind frei, im Gegensatz zum christlichsozial verwalteten Lande Niederösterreich), Hauspersonalabgabe, erst bei der zweiten Hausgeschicht beginnend und männliches Dienpersonal höher besteuert als weibliches, Pferdeabgabe, Hundeabgabe (die aber nur die Kosten der sanitätsbehördlich vorgeschriebenen Registrierung der Hunde einbringt), — ferner Betriebs- und Verkehrssteuern, und zwar Fürsorgeabgabe, die 4/10 Prozent der ausgezahlten Lohnsummen beträgt, bei Banken 8 1/2 Prozent, und auf den Lohnempfänger nicht überwälzt werden darf, die Konzessionsabgabe, die Plakatabgabe, die Anzeigenabgabe, die „Freie Presse“ und „Neues Wiener Tagblatt“ zur Abfuhr anfälliger Summen aus ihren Inkubationsplantagen zwingt, die Abgabe von freiwilligen Freibleibungen, die Fremdenzimmerabgabe, die Kanale- und Augenschneidungen, den Feuerwehrrbeitrag, der von allen gegen Feuergefahr Versicherten zu tragen ist und der natürlich die Kosten des städtischen Feuerlöschwesens nicht annähernd deckt, die Wasserkrastabgabe, die beim Gasbezug 1 1/2 Prozent und beim Bezug elektrischen Stroms vier Prozent beträgt, zeitlich begrenzt ist und ausschließlich zur Schaffung der großen Wasserkrastwerke diente, — und endlich die unbeträchtliche Bodensteuer, die Wertzuwachssteuer, die von großer grundsätzlicher Bedeutung ist, und die Wohnbausteuern, die ausschließlich für die Errichtung von Wohnhäusern bestimmt ist und zu der alle Inhaber von Wohnungen beitragen müssen. Sie ist aber gestaffelt und so niedrig bemessen für die Inhaber kleiner Wohnungen, daß sie, da die Wohnungsmieten keine Belastung des Mieters bilden, unmerklich getragen werden können. Sie beträgt bei Kleinwohnungen, die vor dem Kriege allein jährlich 151 Goldkronen 20 Heller an Meisteuern ergaben, jährlich 10 Schilling 80 Groschen, das sind ungefähr 50 tschechische Kronen.

Zu diesen Gemeindeabgaben, die ungefähr 1444 Millionen österr. Kronen einbringen, kom-

men noch die vom Bund allen Ländern, also auch der Gemeinde Wien überwiesenen Beträge, mit denen die Stadt an dem Ertrags einiger Bundessteuern beteiligt ist, die Verzinsung städtischer Bargeldbestände und die Gewinnanteile jener Unternehmungen, an denen die Stadt als Aktionärin beteiligt ist. Es ist also keine Ueber-treibung, zu behaupten, daß das Steuerherrschaft von Grund auf geändert ist, daß es auf Prinzipien ruht, die denen der früheren christlich-sozialen Mehrheit schroff entgegengesetzt sind, daß die sozialdemokratische Gemeindegeldpolitik ist, die Besitzlosen zu schonen und die Besitzenden heranzuziehen zur Deckung der Kosten nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch der sozialen Aufgaben, welche die Gemeinde übernommen hat. Deswegen, weil die Gemeinde alle Vergnügungen und allen Luxus besteuert, weil sie durch ihre Bodenpolitik die Grundspekulanten geradezu enteignet hat, — deswegen, weil der einst in Wien allmächtige und das ganze kommunale Leben bestimmende Hausherr heute nichts mehr bedeutet, weil im Mittelpunkt der sozialistischen Gemeindegeldpolitik der arme und arbeitende Mensch steht, — deswegen der Wutschrei der Bourgeoisie über Breiteners „Steuerfahismus“! Aber da es einen Steuermafiosismus der Besitzenden leider nicht gibt, also nicht mit der freudigen freiwilligen Besteuerung der ihre Stadt so überaus liebenden Reichen zu den großen Aufgaben der Gemeinde zu rechnen ist, so ist der „Steuerfahismus“ der Sozialdemokraten, ist der harte Zugriff zu den Massen der Reichen unvermeidlich.

Mit jener schlichten Sachlichkeit, die die Kommunisten auszeichnet, hat gelegentlich des Besuches unserer Genossen in Wien das dort erscheinende „Rote Fähnchen“ behauptet, daß den Großteil der Wiener Gemeindesteuern die Arbeiter aufbringen müssen, ja, daß im Grunde genommen die Arbeiter die Träger aller Steuern, auch der sogenannten Luxussteuern, sind. Die erste Behauptung ist ganz willkürlich und wider besseres Wissen aufgestellt, um so wahrer ist aber die zweite. Denn selbstverständlich zahlt in der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeiter jede Steuer, auch die Champagnersteuer und die Hausgehilfensteuer und die Automobilsteuer seines Ausbeuters. Aber da die Wiener Arbeiter bisher in ihrer Stadt den Kapitalismus noch nicht besitzigen konnten, was ja auch den russischen Kommunisten noch nicht ganz gelungen sein soll, so ist es immer noch besser, sie zwingen den Kapitalisten solche Steuern auf, wie es die jetzt genannten sind, und nehmen ihm damit einen Teil des den Arbeitern abgenommenen Mehrwertes wieder ab, als sie gestatten, daß dem Bürgertum sein Profit ungeschmälert verbleibe und alle Steuerlast dem Proletariat aufgebürdet werde, sein geringes Einkommen noch mehr verringernd. Andere Möglichkeiten als diese zwei gibt es nicht. Die Wiener Sozialdemokratie hat die für die Arbeiter günstigere gewählt.

Inland.

Ein General wird gelacht.

In seinem Wochenblatte „Nova Svoboda“ veröffentlicht Abgeordneter Bechný einen Artikel über die faschistischen Strömungen in der Tschechoslowakei, wobei er insbesondere auf die Rolle zu sprechen kommt, welche die tschechoslowakischen Schwarzheiden dem General Gajda — dem augenblicklichen Chef des Generalstabes — zuweisen wollen. Bechný schreibt:

„In allen faschistischen Versammlungen wird General Gajda als der künftige Diktator gefeiert. Hat General Gajda diese Repräsentanten des tschechischen Mussolinismus zu solcher Lobhudelei ermächtigt? Und wenn nicht: Warum duldet er sie? Warum gibt er zu, daß Mißtrauen zwischen Volk und Militär entstehe? Haben die Faschisten ihren General gefunden oder nicht?“

Als die Demokratie von Links bedroht war, da sprach ein Legionärsgeneral und Minister für nationale Verteidigung gegen diese Tendenzen. (Bechný meint damit die Rede, die der Nationalverteidigungsminister im ersten Ministerium Cerný, General Husak am 1. Dezember 1920, gehalten hat und in der er das Militär als das Exekutivorgan der jeweiligen Parlamentsmajorität bezeichnete. D. Red.) Wir haben oberhalb einen Legionärsgeneral als Minister für nationale Verteidigung. General Srovný darf nicht mit der faschistischen Agitation identifiziert werden. Es ist Sache seiner Erwägung, wann er eingreift. Ich will ihn bloß darauf aufmerksam machen, daß die Öffentlichkeit auf sein Wort und seine Tat wartet.“

Zum Schluß erklärt Bechný, daß ein General, der im Dienste der Tschechoslowakischen Republik steht, unmöglich der Führer der Faschisten sein kann: „Die Faschisten suchen ihren General. Wir haben nichts dagegen. Aber ein faschistischer General kann nicht General der Republik sein. Die Uniform des tschechoslowakischen Offiziers bleibt ein Kleid der Ehre, der Eidesreue und des Gehorsams zur gesetzlichen, vom Willen der Nation bestimmten Regierung. Der General der Republik kann das schwarze Hemd nicht tragen, er müßte denn zuvor das militärische Kleid ausziehen.“

Aufdeckung von Wuttschplänen in Deutschland.

Die schon gemeldet wurde, hat einer Mitteilung des Polizeipräsidenten zufolge die Berliner Polizei bei verschiedenen rechtsradikalen Verbänden Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen wichtiges Beweismaterial beschlagnahmt wurde, aus dem hervorgeht, daß führende Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland an Wuttschvorstellungen beteiligt waren, die schon in der nächsten Zeit zur Tat werden sollten. Das gefundene Material hat die preussische Regierung veranlaßt, die sofortige Auflösung der völkischen „Sportvereinigungen“ Werwolf, Wiking und Olympia zu verfügen. Außer bei verschiedenen völkischen Verbänden wurden auch bei mehreren Führern der rechtsradikalen Kreise, so bei Oberst von Luck und Oberst Nikolai Hausdurchsuchungen durchgeführt. Belastet erscheinen der bekannte völkische Scheime Justizrat Claf, der Ruhrindustrielle Rirdorf, der Bürgermeister von Lübeck Dr. Neumann, der Führer der rheinischen Bauernvereine Dr. Freyherr von Lünning in Bonn, Geheimrat Dugenberg, General von Mähl. An den Wuttschvorstellungen sollen auch der berühmte Wuttschist Kapitän Erhardt, ferner Oberst Düsterberg vom Stahlhelm und der Führer der schwarzen Reichswehr Major Buchrufer beteiligt gewesen sein, doch sind diese letzteren drei Personen flüchtig. Belastet erscheinen schließlich der frühere kaiserliche Admiral von Schröder, der Führer des Bundes der Großdeutschen Dr. Stadler und der Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Major a. D. Hans von Sodenstern.

Das beschlagnahmte Belastungsmaterial konnte noch nicht völlig durchgeprüft werden, doch steht bereits fest, daß der Kreis politischer Persönlichkeiten, um den es sich handelt, einen genau ausgearbeiteten Plan für die Herbeiführung der Diktatur besaß. Auch das Verzeichnis der Männer, die nach dem Umsturz der Verfassung das Direktorium bilden sollten, war bereits ausgearbeitet. Der Berliner „Vorwärts“ ist in der Lage, die vorbereitete Verfassung der Wuttschisten zu veröffentlichen. Sie besteht aus 30 Paragraphen, welche über das, was läme, wenn die Absichten der Wuttschisten verwirklicht werden sollten, klare Auskunft geben. Die Verfassung, die am Tage des siegreichen Wuttsches in Kraft treten sollte, hebt die Verfassung des Deutschen Reiches wie auch

die Verfassungen der Länder und Kommunalverbände auf. Die Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt geht auf den Reichsverweser über, der die noch Bedarf an nur ihm verantwortliche Amtsinhaber überträgt. Alle parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern werden aufgelöst. Wer an einer hiernach aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt, und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Drohung mit der Todesstrafe sind fast in jedem Paragraphen dieser Verfassung enthalten. In den Paragraphen 9 bis 13 heißt es:

§ 9.

Ueber das gesamte Reichsgebiet wird der Belagerungszustand verhängt, auf dessen Durchführungen die Bestimmungen des Preussischen Gesetzes vom 1. Juni 1951 (GS. 1851, S. 451 ff.) sinngemäß Anwendung finden. Für Bayern wird der Kriegszustand erklärt. Außer den in diesem Gesetz verfügten Beschränkungen sind bis auf weiteres Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheimmis, Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkung des Eigentums außerhalb der gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 10.

Die Amtsverweser haben insbesondere die zur Durchführung des Belagerungszustandes und zur Ausführung dieser Verordnungen erforderlichen Standgerichte sofort zu bestellen.

Jedes Standgericht besteht aus drei unbescholtenen Personen männlichen Geschlechts, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein aktiver oder in Ehren verabschiedeter Offizier oder eine rechtskundige Person. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe oder Freisprechung lauten. Rechtsmittel finden nicht statt. Es ist durch Erschießen, im Falle christlicher Befinnung durch Erhängen zu vollstrecken.

§ 11.

Bis auf weiteres ist die Pressefreiheit aufgehoben. Zeitungsunternehmungen und Unternehmungen von Druckerzeugnissen jeder Art, von denen nach ihrer bisherigen Betätigung anguneh-

Das Kommando Moskaus.

Wer nicht pariert, kriegt kein Geld. — Russische Rubel nur für die Brauen. — Wie die große Ruth Fischer abgelagt wurde.

Unter den mannigfachen kommunistischen Richtungen gibt es seit einiger Zeit in Deutschland auch eine kommunistische Opposition zur offiziellen Moskauer Richtung, deren Führer der ehemalige Vertreter der KPD, in der Moskauer Exekutive, **Wan Ray**, ist. Dieser oppositionelle Flügel gibt ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, in welchem **Wan Ray** allerlei Pamphleten über die Methoden der Moskauer Pöbelle, insbesondere über die Art, wie die **Ruth Fischer** in die Wüste geschickt wurde, erzählt. **Ray** schreibt zur Charakterisierung seiner früheren Parteigenossen folgendes:

„Während die einfachen deutschen Gläubiger noch ehrlich an ihrem Gotte Moskau hängen und sich für ihn einperren und toschieren wie nur je ein christlicher Gläubiger, hat die Masse der deutschen kommunistischen Parteiangehörigen zu Moskau ein realeres Verhältnis.“

Sie sind gleichsam die Figuren, die Priesterklasse. Sie wissen genau, daß alles Schwindel ist, aber ihr Geschäft verbietet es, es auszusprechen. Unter vier Augen gibt es kaum einen KPD-Angehörigen, sicherlich kein Zentralkomitee-Mitglied, das nicht genau so denkt wie wir. Aber Russland gibt das Geld, das ihnen ein glänzendes Leben ermöglicht, und verlangt dafür unbedingten Gehorsam. Wer nicht pariert, fliegt. Eine Zentrale, die einmal eine auch etwas abweichende Meinung zu bekunden wagt, wird durch Intrige, Drohung, Korruption sofort erstickt. Als auf dem letzten Parteitag der KPD, Moskauer Vertreter mit einem persönlichen Antrage (Aufnahme des rechten Schumann in die Zentrale) nicht durchdrang, sperrte Moskau sofort die Gelder. Der Parteiapparat war völlig gelähmt. Alles scheiterte vor Entsetzen, Disziplinlosigkeit auf Disziplinlosigkeit waltete nach Moskau. Aber Moskau bestand darauf, die Zentrale

muß zur Strafe ihre eigene Vorsitzende als Opfer ausliefern. Und die Hunde der Zentrale kuscheln. Sie lieferten ihre Führerin aus, die sie vier Wochen vorher wie eine Königin umjubelt hatten. Als das geschah, gab es wieder Geld.“

Man muß erlebt haben, mit welcher jämmerlichen Beklemmung, Angst und Kriecherei die Mitglieder einer hohen deutschen Zentrale in Moskau sich zu bewegen pflegen. Ganz routinierte, wie die Fischer, versuchen es mit speichelstickerischer „Diplomatie“. Die anderen aber stehen wie Schüler, die ihre Aufgabe schlecht gemacht haben, vor dem Rohrstock des Lehrens. Hündisch demütig lassen sie jede Strafe und Bedingung sich auferlegen. Man stellt sich nur einmal vor, daß die deutsche kommunistische Partei einen russischen Genossen in Berlin festhielte. Daß aber Moskau Monate- und jahrelang deutsche Genossen gefangen hält, wie jetzt wieder **Ruth Fischer** (mit der wir selber abrechnen möchten), das hält jeder brave KPD-Mann fürs Selbstverständlichste auf der Welt. Ist das nicht grauenvoll? Ruh man da nicht die KPD zur Besinnung rufen und schütteln! Von internationaler Solidarität zwischen KPD und KPD nichts zu spüren. Die Gleichberechtigung der Sektionen der Komintern ist eine Fiktion. Moskau ist der Herr und die KPD, einer seiner Hunde.“

„Moskau ist der Herr und die KPD, einer seiner Hunde“, und nicht nur die KPD, sondern alle kommunistischen Parteien, die unter Moskaus Annuie stehen. Wenn eine Partei nicht blind gehorcht, werden ihr die russischen Rubel entzogen. Dann ist es fertig. Das hat man alles längst schon gewußt, aber es ist immerhin lohnend, der Stimme eines Raums zu geben, der die Dinge aus ureigenster Anschauung lernt.“

Alkohol.

Es war der Erste des Monats. Jahrtag. Abends acht Uhr. Ein junger Mann, die Aktentasche unter dem Arm, torkelt die Straße entlang. Einige Stunden hat er in einem Lokal gefessen und hat getrunken, getrunken mit nuchternem Magen und einen großen Teil seines schwer verdienten Geldes vertrunken.

Jetzt ist er seiner Sinne nicht mehr mächtig. Er kann nicht mehr gerade gehen. Hin und her schwankt er; dicht am Laternenpfahl gleitet er vorbei. Einen Augenblick steht er und stiert mit blödem Blick umher, setzt seinen Zirkelweg fort und steuert auf das Wirtschaftshotel an der Ecke der Straße. Die kleine Treppe fällt er fast hinunter und ver-schwindet hinter der Tür.

An der Ecke der Straße stehen eine Frau und ein Mann. Die Frau hat den Betrunknen scharf beobachtet. Ein hämisches Lächeln huscht über ihr Gesicht. Sie wechselt ein paar Worte mit ihrem Begleiter und folgt dem Betrunknen in das Wirtschaftshotel.

Das ist einer der Männer, die sie gebraucht, die in ihren Händen zum willenlosen Werkzeug werden. Sie ist nicht eher befriedigt, als bis der Mann das letzte Geldstück hergegeben. Einmal gehen auch Uhr und Kette denselben Weg, denn das Geld ging. Gegeben oder genommen.

In der kleinen, engen Arbeiterwohnung hantiert indessen die Frau unruhig umher. Es ist heute Lohn-tag. Der Mann mühte eigentlich schon im Hause sein. Sie hat die vier kleinen Kinder schon ins Bett gelegt. Die Kleinsten schlafen. Die größeren sind noch wach und fragen immer wieder nach dem Vater. Mutter hatte ihnen gesagt: sie sollten sich nur ganz brav ins Bettchen legen, der Vater würde ihnen noch „Gute Nacht“ sagen, wenn er heimkommt. Und nun kam er immer noch nicht. Das Wetter war heute nah. Vielleicht trank er noch ein wenig, um sich zu durchwärmen, bevor er den weiten Heimweg antat.

Wenn er sich nur nicht vergaß. Sie hatte es schon erlebt — ganz selten zwar, und das letzte Mal lag schon über ein Jahr zurück — daß er mit fast leeren Taschen ankam.

Wenn das heute wäre! Die vier Kinder kosteten viel Geld. Der Verdienst war gering. Sie konnte nicht mitverdienen. Die Betreuung der vier kleinen Kinder hätte ihre Zeit voll und ganz aus.

Sie hatte am Abend vorher mit ihrem Mann gerechnet und überlegt, wie sie es möglich machen könnten, vom Wochenlohn die dringend notwendigen Kleidungsstücke für die Kinder anzuschaffen. Jeder Pfennig mußte berechnet werden. Und nun war er immer noch nicht da.

Wie würde er heimkommen? Wird sie noch so viel Geld haben, daß sie wenigstens zu leben haben in dieser Woche? Sie kannte ihn ja so gut. Er ver-trug nicht viel, wenn er hungrig und müde von der Arbeit kam. War er aber nicht mehr nüchtern, glitt ihm das Geld leicht aus den Fingern. Die Tasel-runde konnte noch so groß sein, er bezahlte für alle. Fröhlich singend würde er ins Haus treten und ihr vergnügt die Wade klopfen.

Und sie mühte ganz ruhig sein, durfte nicht schelten. Er verstand ja auch dann nicht, was sie sagte. Sie brachte ihn — ihr großes Kind — ins Bett und ließ ihn seinen Rausch ausschlafen. Am andern Tage durfte sie auch nicht böse sein. Er wird sich ja selbst genug mit Vorwürfen quälen.

Wenn ihn die Kinder bitten werden um die ver-

prochenen Stiefel, da wird er traurig werden und unzufrieden mit dem heutigen Abend. Sie wird weinen und er wird ihren Kopf an seine Schulter legen und sie mit seinen rauen Arbeitshänden lieb-soseln. Er wird ihr versprechen, daß es wirklich das allerletzte Mal gewesen sein wird, daß er so leicht-sinnig sein Geld vergeudet. Nein, böse sein durfte sie nicht. Aber es wird schwer sein, ganz ruhig zu bleiben, wenn er betrunken heimkommt.

Tagesneuigkeiten.

Ausgeborgte Arbeiter.

Ein Beispiel dafür, wie die begünstigten tschechischen Firmen staatliche Lieferungen an den Staat besorgen.

Obgleich es in der Tschechoslowakei ein öffentliches Geheimnis ist, daß für Lieferungen an den Staat stets und unter allen möglichen Bedingungen tschechische Firmen begünstigt werden, die dann sehr wohl ihren Patriotismus sich durch einen Sondererwerb bezahlen lassen, ist es aus begründlichen Gründen schwer, sich Belege für diese Meinung und Behauptung zu verschaffen. Heute aber sind wir in der Lage, an einem Fall, der gewiß nicht vereinzelt dastehen dürfte, ein wenig hinter dieses beliebte System zu leuchten:

Der Prager Ingenieur **Josef Bouka** erhielt, angeblich, weil sein Offert das günstigste war, von der Staatsbahndirektion Prag-Nord den Auftrag, eine Heißluftheizanlage für die Staatsbahnerwerkstätte in Bodenbach einzurichten. Der Herr Ingenieur, der übrigens als selbständiger Unternehmer hiemit zum ersten Male eine solche Arbeit ausführte, machte sich die Geschichte sehr leicht. Um recht billige Arbeitskräfte zu haben, das heißt also, aus dem Geschäft mit dem Staat einen recht fastigen „bürgerlichen“ Gewinn herauszuschlagen, verwendete er bei dieser nicht unbedeutenden Arbeit nur fünf bis sechs seiner Arbeiter; die nach sonst tüchtigen Arbeiter ließ er sich einfach von der Werkstättenleitung in Bodenbach aus. Nach dem uns zugekommenen Berichte arbeiteten jetzt fast täglich 20 bis 25 solcher von der Staatsbahndirektion „ausgeborgte“ und bezahlte Arbeiter an der Anlage.

Die Firma Bouka wird für ihre Leistungen über 350.000 Kronen ausbezahlt erhalten, wobei noch die Dampfzettel in Werte von 100.000 Kronen von der Bahnverwaltung selbst beigestellt werden. Und nun stellt sich nicht nur heraus, daß die durchgeführte Arbeit von zweifelhafter Qualität ist, so daß sich bald schwere Unfälle ergeben dürften, sondern die Firma verweigert auch der Staatsbahndirektion die gegenseitige Verrechnung für die „geliehenen“ Arbeitskräfte, und beruft sich dabei auf ihr „überaus günstiges Angebot“!

Wenn dem guten Tschechen nicht die Zähne gezeigt werden, wird also die steuerzahlende Bevölkerung nicht nur den Schaden der schlechten Lieferung mittragen müssen, sondern die Firma wird von staatswegen, also wieder auf Kosten der Bevölkerung, in die Tausende gehende Löhne geschenkt erhalten. Bei solcher Wirtschaft — und das „Ausborgen“ von Arbeitskräften soll durchaus keine einmalige Erscheinung sein — lernt man dann verstehen, warum die Eisenbahndirektion in so ungerechtfertigter und unerhörter Weise die Fahrpreise weiterdrehen will! Dazu kommt noch, daß durch die Ausnützung der im Staatsdienste stehenden Arbeiter, die doch zu solchem Zwecke nicht da sind, andere Arbeiter um eine willkommene Verdienstmöglichkeit gebracht werden. Wenn das den Vater Staat nicht stört, so haben ein um so brennenderes Interesse die Arbeiter selbst daran. Es spricht also eine ganze Reihe von Gründen dafür, daß sich die gewerkschaftlichen Organisationen und auch die Vertreter der Arbeiter im Parlament dieser Sache annehmen und jeden derartigen Fall benützen, um der nicht sehr vertrauenswürdigen Eisenbahndirektion auf das Dach zu steigen. Das materiell und moralisch schädliche System, nach dem in der Tschechoslowakei staatliche Arbeiten vergeben werden, muß mit allem Nachdruck und ohne Unterlaß bekämpft werden!

Zum Hungerstreik in Tobolsk.

Mehr als zwei Wochen sind verstrichen, seit die Kunde über den Hungerstreik von 130 Sozialisten in dem Zuchthausgefängnis in Tobolsk durch die gesamte europäische sozialistische Presse ging. Aber die Sowjetregierung schweigt. Durch dieses Schweigen gibt sie ihr Verbrechen zu.

Die Tragödie von Tobolsk hebt mit neuer Schärfe die Frage über die politische Amentie für die Gefangenen der bolschewistischen Diktatur hervor — die Frage über die politische Freiheit in Rußland.

Tschechisch-deutsch-bürgerliche Journalist. Es ist bekannt — auch wir haben darüber berichtet — daß der nationalsozialistische Minister **Franke** kürzlich den Schnellzug in Eppan eigens halten ließ, weil er dort eine Versammlung hatte und also aussteigen wollte. Etwas verspätet und unter dem Titel „Sozialistische Erzherzöge“ brachte nun das tschechische Agrarblatt „Domow“ diese Meldung, in der **Franke** als „Co-

nosse“ bezeichnet wird, und die „Reichenberger Zeitung“ druckte das ganze Blatt aus dem tschechischen Organ an der Spitze einer ihrer letzten Nummern wörtlich ab. Natürlich weiß man in den Redaktionen des „Domow“ wie der „Reichenberger Zeitung“ sehr wohl, was für Art „Sozialisten“ die um **Franke** sind und daß die „bratři“ eben nicht „Genossen“ sind. Aber indem man den **Franke** als „Genossen“ auspricht und seine Parteigehörigkeit zu den Moskauer unter-schlägt, stempelt man ihn zum Sozialdemokraten und das ist der Zweck der gemeinsamen Uebung tschechischer und deutscher Bürgerjournalisten, die eben auch im Kleinen ihre Art nicht verleugnen.

110 auf den ersten Dieb! In dem kleinen schlesischen Ort **Bransdorf** haben unsere Genossen gleich beim ersten Ausbruch der Werbestraße 110 neue Parteimitglieder gewonnen. Wieder ein Beweis, was hingebungsvolle Arbeit zu leisten vermag.

Pfingstmontag schulfrei. Amlich wird ver-lautbart: Auf Grund der vom Minister für Unter-richt und Volkskultur erteilten Ermächtigung hat der Vorsitzende des Landes-Schulrates in Prag aus pädagogischen Gründen den 24. Mai an den Mittel- und Volksschulen in Böhmen für schulfrei erklärt.

Leo Tolstois einstiger Sekretär des Landes vertwießen. Im Herbst 1922 wurden etwa 200 Professoren, Schriftsteller, Genossenschaftler und andere aus Rußland ausgewiesen. Unter den Ausgewiesenen befand sich auch der ehemalige Sekretär **Leo Tolstois**, **W. F. Bulgakow**, Verfasser einer monumentalen Lebensbeschreibung Tolstois. Als überzeugter Anhänger L. Tolstois hält er sich grundtätig von jeder politischen Tätigkeit fern. Als die dreijährige Verbannung s-z-eit abgelaufen war, ersuchte Bulgakow die Sow-jetregierung um eine Einreiseerlaubnis nach Rußland. In seinem Gesuch schrieb er, sein „Pflicht-gefühl“ habe ihn zu diesem Schritt bewogen; er möchte den an ihn seitens des Komitees für die Vorbereitung der Jubiläumssfeier aus An-lasß des 10jährigen Geburtsjages L. Tolstois er-gangenen Ruf, nach Moskau zu kommen und an der Redaktion der Gesamtwerke von L. Tolstois sowie an der Reorganisation des Tol-stoinmuseums teilzunehmen, nicht ablehnen. Ferner schrieb Bulgakow, daß „er sich nach seiner Rück-kehr nach Rußland jedes öffentlichen Auftretens politischen oder regierungsförmlichen Charakters enthalten und sich ausschließlich der literarischen und Museumsarbeit widmen wird“. Gleichseitig beanspruchte er Garantie für seine persönliche Un-antastbarkeit und bat um die Erlaubnis, seine Schriften, angefangenen Werke, literarische Do-kumente usw., die er, wenn erforderlich, der Pra-ger Sowjetvertretung zur Durchsicht vor-zulegen bereit wäre, unbehindert nach Rußland mitnehmen zu dürfen. Das Gesuch ging im Februar d. J. nach Moskau ab. Am 1. Mai erhielt Bulgakow aus Moskau die Mitteilung, daß das Allrussische Exekutivkomitee sein Gesuch abgewiesen hat! Trotzdem also die Verban-nungszeit abgelaufen ist und ungeachtet seiner politischen Uninteressiertheit, trotz auch seiner Bereitschaft zu einer weitgehenden Reserve gegenüber den politischen Zuständen in Rußland, bleibt dem Sekretär Tolstois der Weg nach Rußland versperrt! Das ist also die Freiheit, die jene meinen.

Schwere Fabrikunfälle in Süddeutschland. In der chemischen Fabrik **Messer u. Co.** in Frank-furt ereignete sich Mittwoch eine folgenschwere Gasexplosion. Zwei Arbeiter waren mit dem Ausprobieren eines Acetylenapparates be-schäftigt; sie hatten ihn gerade unter Wasser ge-setzt, um die Gasrückstände zu beseitigen, als die Gasreste zur Entzündung gelangten und der Apparat mit weithin hörbarem Knall explodierte. Die beiden Arbeiter waren sofort tot. — Beim Kesselreinigen erlitten in der Zellstoff-fabrik **Waldbhof** in Mannheim fünf Arbeiter schwere Verbrennungen. Vier von ihnen mußten ins Krankenhaus gebracht werden, drei sind im Laufe des Tages gestorben.

Zonen des Schweigens. Zu den größten Rä-t-seln der See gehören die sogenannten Zonen des Schweigens, die der Funke der drahtlosen Tele-graphie nicht durchdringen und nicht überspringen kann. Sehr bekannt ist eine dieser Blindstellen im Indi-schen Ozean: zu ihrer Erforschung sandte die eng-lische Regierung ein besonders dazu ausgerüstetes Schiff mit einem Stab von Gelehrten an Bord. Das Rätsel blieb. Es erwies sich als unmöglich, in dieser Zone irgendwelche Zeichen zu übermitteln oder zu empfangen, gleichgültig wie stark der Sen-der war und wie oft man die Wellenlänge wechselte. Es ist klar, daß ein solches Veragen der Funken-telegraphie unter Umständen zu den schwersten Ka-tastrophen führen kann: So fährt man z. B. das Scheitern vieler Schiffe auf den Felsen von Cap Race vor Vancouver auf das Vorhandensein eines solchen „Blindfeldes“ zurück. Die Erforschung die-ser unerklärlichen Erscheinungen durch ein Schiff der englischen Regierung ist daher von großer Be-deutung. Vielleicht findet man hierbei auch die Schlüssel zu den vielen atmosphärischen Störungen denen die Telegraphie noch unterworfen ist. Es ist z. B. die Nachrichtenübermittlung in der Stunde des Sonnenaufgangs und des Sonnenuntergangs weniger zuverlässig als zu irgendeiner anderen Ze-it. Die Schiffe werden angewiesen, um diese Zei-ten drahtlosen Peilungen vorzunehmen, um Tri-tümmern zu vermeiden. Auch Klippen oder hohe Land, das zwischen zwei Stationen liegt, beeinflusst den Empfang ungünstig. Die Erforschung der drahtlosen Telegraphie ist jung, aber sie hat bewie-sen, daß die See mehr Rätsel enthält, als in der Geschichte der verlorenen Schiffe enthalten sind.

men ist, daß sie der Neuordnung der Dinge ent-gegentreten, sind sofort zu schließen. Ihre Ein-richtungen sind im Interesse der Allgemeinheit zu beschlagnahmen.

Für die durch diese Bestimmung nicht betro-fene Zeitungen, Zeitschriften und Verlagsanstal-ten wird bis auf weiteres verordnet, daß jede der Regierung und ihren Maßnahmen abträgliche Neuerung neben der Befragung der verantwort-lichen Personen mit entschädigungsloser Entlei-gung des Verlages gehandelt werden wird.

§ 12.

Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle Parteien und alle politischen Vereine, auch solche, die hinter anderen Zwecken politische verbergen, sind auf-gelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt.

Alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerver-bände sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind be-schlagnahmt.

§ 13.

Jede Aussperrung seitens des Arbeitgebers und jede Einstellung der Arbeitnehmer wird mit dem Tode bestraft.

Wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer münd-lich, schriftlich oder durch Handlungen sonstiger Art zu Aussperrungen oder Arbeitseinstellung auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen An-gehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlag-nahmt.

Der § 18 verhängt eine allgemeine Verkehrs-sperre. Der gesamte Eisenbahn-, Luft-, Kraft-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr wird gesperrt, soweit er für den Bedarf der Reichs- und Staatsgewalt nicht aufrecht bleibt. Sämtliche Kraftverkehrsmittel nebst den Be-triebstoffvorräten werden beschlagnahmt. Die Veräußerung beweglichen, unbeweglichen Ver-mögens auch im Wege der Schenkung wird bis auf weiteres verboten. Alle Invidienhandlungen werden mit dem Tode bestraft, ebenso wie jeder die Todesstrafe erleiden soll, der gegen eine der Bestimmungen der Verordnungen sich vergeht.

Das also sind die Pläne der Rechtsradikalen. Die Deutsche Republik hat in unzersehblicher Schwäche es diesen Streifen ermöglicht, ihre Rede zu spinnen, so daß sie eine ständige Gefahr für Volk und Staat geworden sind. Wird sie wenigstens nunmehr die ihr drohende Gefahr erken-nen und wird sie sich aufraffen, seine Verderber unschädlich zu machen?!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prag, 11.30, 12, 18.15, 22: Nachrichten; 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung, Prof. Dr. **Sißer**; Ueber die Weltsprache **Jdol**; 18.30: Marionetten-theater; 20: Lustiger Abend. — **Brünn**, 14.30, 18 bis 18.15: Nachrichten; 19: Orchesterkonzert; 20: Einakter; Der tschechische Freiwille und die fran-zösische Bäuerin; 20.20: **Chanson**. — **Wien**, 16.15: Konzert; 18.20: Oesterreichische Lyrik der Gegen-wart; 20.15: Volkstümliches Konzert. — **Berlin**, 17: Regitationen; 17.30: Konzert; 19.30: Ueber-trogung aus der Staatsoper am Königsplatz: „Der ferne Klang“, Oper von **Franz Schreder**. — **Leip-zig**, 12: Mittagsmusik; 15.35: Die Aus- und Fort-bildung des Kleinlandwirts; 16.30 und 17.30: Kon-zer; 20.15: Kammermusik.

Internationale sozialistische Jugendarbeit.
 Mit einem Berichtsbuch ganz eigener Art, das in der Geschichte der sozialistischen Internationale seine gleichartigen noch nicht hat, ist soeben die sozialistische Jugendinternationale an die Öffentlichkeit getreten. In ungemein ansehnlicher Art legt dieses 190 Seiten starke Buch Zeugnis ab von der mannigfaltigen Arbeit der Jugendinternationale und der ihr angeschlossenen Verbände. Ein knapper und doch alle wesentlichen Vorgänge darlegender Bericht des internationalen Sekretariats seit dem Buchlein ein, ihm folgen die Berichte der einzelnen Landesverbände, unter denen unsere Jugendorganisation einen hervorragenden Platz einnimmt. Das Wertvollste in diesem Buchlein sind jedoch die vielen beigegebenen Bilder, die uns die arbeitende Jugend aller Länder beim Lernen, bei der Demonstration, bei Spiel und Wandern zeigen. An die achtzig prächtige Reproduktionen schmücken das Buch, das, ohne Ueberschreibung kann behauptet werden, das beste Berichtsbuch seit Bestehen der internationalen sozialistischen Jugendbewegung ist. Jeder Genosse wird daran seine Freude haben.

Warum die amerikanische Bevölkerung wächst. Das Statistische Amt der Regierung zu Washington gibt als abschließendes Ergebnis der Volkszählung vom Jahre 1925 die Zahl der Bevölkerung in USA. auf 117.135.810 Seelen an. Das bedeutet eine Bevölkerungszunahme von insgesamt 15 Millionen seit der Zählung im Jahre 1916. Man wird zur Annahme neigen, daß diese Vermehrung der Kopfszahl hauptsächlich auf die Einwanderung zurückzuführen sei. Dies ist jedoch nicht der Fall, da der Zustrom aus fremden Ländern durch rigorose gesetzliche Maßnahmen seit Jahren im starken Rückgang begriffen ist. Auch die Zunahme der Geburtenziffer ist nicht der Grund zum Wachstum der amerikanischen Bevölkerung; halt sich doch die Zahl der Neugeborenen seit Jahren auf gleicher Höhe. Die ausschlaggebende Ursache für das ständige Wachsen der amerikanischen Rasse ist die stetige Abnahme der Sterbeziffer. Damit erntet Amerika die Früchte seiner umsichtigen und alle Kreise des Volkes erfassenden Tätigkeit auf hygienischem und sozialem Gebiet, einer Tatsache, die auch den Staaten der Alten Welt zu denken geben sollte.

Das größte Theater der Welt. Wie italienische Mäurer berichten, will Genua den Ruhm für sich gewinnen, das größte Theater der Welt zu besitzen. Der gewaltige Bau soll im Angesicht des Meeres auf dem Tagliata-Platz errichtet werden. Die statische Summe von 40 Millionen Lire, die er kostet, ist bereits von einer Kapitalistengruppe aufgebracht worden.

Kopfgrippe als Selbstmordursache eines Arbeiters. In Graz stürzte sich der 28jährige Schuhmachergehilfe Demuth vom Dach eines Hauses auf das Trottoir. Er hatte einen doppelten Armbruch und anscheinend einen Bruch des Genickes erlitten und war bei Eintreffen der Rettungsabteilung schon tot. Die Leiche wurde in das forensische Institut gebracht. Ueber die Ursache zum Lebensüberdruß wird gemeldet, daß Demuth seit acht Tagen an Kopfgrippe litt und wiederholt im Fieberwahn die Wohnung verlassen und Selbstmord verüben wollte, was aber seine Frau stets verhindern konnte. Nun war es ihm gelungen, während der Abwesenheit der Frau aus der im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den Dachboden zu eilen, wo er einige Dachziegel zerbrach und bei der Dachrinne auf das Dach kroch, von wo er sich hinabstürzte.

Terminänderung für die Steuererleichterungen der Privatangestellten. Im Sinne des Finanzministerialerlasses über die Erleichterungen bei Zahlung der Einkommensteuer von festen Dienstbezügeln haben die Arbeitgeber, deren Angestellte auf Vorteile Anspruch erheben, beziehungsweise mit den Abügn übereinstimmen, dies mittels

eines Verzeichnisses, dessen Muster dem Erlass beigefügt ist, dies bis zum 15. Mai 1926 jener Steuerverwaltung mitzuteilen, in deren Wirkungsbereich der Betrieb seinen Sitz und seine Leitung hat. Das Finanzministerium verlängerte nun den Termin bis zum 30. Mai 1926.

Deutsche Wetterberichte im Prager Radio. Ab Montag den 17. Mai wird zu Beginn jeder deutschen Sendung der tägliche Wetterbericht der Meteorologischen Anstalt gesendet werden.

Spenden für die Böhmerwälder. Von der Sozialorganisation Kl. Stadt b. Teischen 75 K.

In Tode geächtet. Das Schwurgericht von Versailles hat einen Vater freigesprochen, dessen Kind an den Folgen fälschlicher Juchigungen gestorben war. Der kleine neunjährige Marius Barbas, ein uneheliches Kind, lebte bei seinem Großvater auf dem Lande. Als nun der Vater die uneheliche Mutter heiratete, nahmen sie das Kind zu sich. Der Vater Barbas war ein ehemaliger Unteroffizier, der im Sudan gedient und den Weltkrieg mitgemacht hatte. Er war Insuperatent, aber er hatte in sein Privatleben seine militärische Disziplin übernommen. Der kleine Marius konnte sich in dieser Kaiseratmosphäre und in der Stadt schwer einleben; er war intelligent, aber verträumt und veräunzte zuweilen die Schule, um auf den Feldern herumzustreifen. Diese Ausflüge büßte er stets mit einer gehörigen Tracht Prügel. Eines Tages wurde er wegen eines kleinen Diebstahls verhaftet, aber vom Gesicht seiner Familie überantwortet. Diesmal hatte er seine Prügel verdient. Am 19. Jänner veräuerte er wiederum die Schule; er wollte der Strenge seines harten Vaters entfliehen. Er trieb sich in der kleinen Stadt umher, bis eine Trambahnfahrerin ihn auf das Polizeirevier brachte. Nach einer erusten Ermahnung wurde er nach Hause geführt, wo der Vater mit einem Stod den kleinen Knaben barbarisch verprügelte. Der geht still in sein Kämmerchen hinaus, legt sich zu Bett und schläft ein — um nicht mehr aufzuwachen. Der Arzt, der die Autopsie der Leiche vornahm, erklärte, daß der kleine Körper eine einzige Wunde aufgewiesen sei. Vor Gericht gibt der Vater sein Unrecht zu; er habe nicht die Absicht gehabt, zu töten. Die Geschworenen sprachen den grausamen Vater frei. Sollten sie Kinder? fragt Georges Claretie im „Figaro“.

Die Opfer des Alchimisten. New Yorker Blätter melden die Verhaftung des ehemaligen Apothekers Oliver Duncan in Chicago, der nach einer Erbschaft von 10.000 Dollar sein Geld dazu verwendete, das Geheimnis des künstlichen Goldmachens zu ergründen. Duncan versuchte, Juwelieren glaubhaft zu machen, er habe ein Mittel gefunden, aus Gold Platin herzustellen, es fehle ihm aber an den nötigen Mitteln zur Ausführung des Planes. Wirklich fand er zwei leichtgläubige Juweliere, die Duncan versprachen, die geforderte Summe zu leihen, wenn er ihnen das Experiment vorführe. Duncan forderte sie auf, in sein Laboratorium zu kommen, aber das zur Herstellung von Platin in großem Maßstabe nötige Gold, 5 Kilogramm, mitzubringen. Die Juweliere fanden sich eines Tages bei Duncan ein, der ihnen zunächst einen langen Vortrag hielt und sie dann in einer kleinen Kammer, die mit rotem elektrischem Licht nur wenig beleuchtet war, allein ließ, um seinen Versuch vorzubereiten. Als nach längerer Zeit der Mann nicht zurückkam, wurden die beiden Juweliere unruhig. Vergebens versuchten sie die verriegelte Türe zu öffnen; auch ihre Hilferufe fanden keine Beachtung. Allmählich fühlten sie eine Verämbung und verloren das Bewußtsein. Einer der beiden Männer erwachte zuerst und zwar in einer ihm gänzlich unbekanntem Umgebung mitten auf einer Landstraße. Er ließ seinen noch bewußtlosen Gefährten zurück, lief über zwei Stunden, bis er ein Auto traf, mit dem er seinen Leidensgefährten holte und nach

Chicago fuhr. Die beiden Männer waren die Opfer eines Betrügers geworden. Die Untersuchungen der Polizei ergaben, daß die Dunkelkammer einen Apparat enthielt, der Chloroform entwickelte. Wahrscheinlich hatte Duncan die Betäubung mit Unterstützung eines Helfershelfers nach der entfernten Stelle gebracht, wo sie dann erwachten.

Eine unerwünschte Delegation. Das Zentralkomitee des kommunistischen Jugendbundes der Sowjetunion hat einen Aufruf an die Arbeiterjugend der Welt veröffentlicht, in dem es die jugendlichen Arbeiter aller Länder zur Entsendung von Delegationen nach Russland auffordert. Dieser Aufruf kommt auch auf eine eventuelle Delegation der Sozialistischen Jugendinternationale zu sprechen: es heißt darin wörtlich:

„Vor einigen Monaten hat die Sozialistische Jugendinternationale, die die Entsendung von Delegationen jugendlicher nach Sowjetrußland mit allen Mitteln verhindert, den Gedanken aufgegeben, daß in unser Land eine Delegation entsandt werde, die nicht aus jungen Arbeitern, sondern aus Führern und Beamten der Sozialistischen Jugendinternationale bestehen soll. (Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen; die Sozialistische Jugendinternationale hat vielmehr an die Entsendung von Delegationen nur bestimmte Vorbedingungen geknüpft, die den russischen Kommunisten offenbar nicht genehm sind. D. Red.) Eine solche Delegation, wie die Sozialistische Jugendinternationale sie vorschlägt, wäre natürlich eine offenkundig voreingenommene Delegation, die ihre Reise nicht zu dem Zwecke macht, um die Wahrheit über ein proletarisches Land zu erfahren und sie an Hunderttausende proletarischer Jugendlicher weiterzugeben. Deshalb lehnen wir eine solche offenkundig voreingenommene, offenkundig nicht objektive Delegation ab.“ („Trud“ vom 15. April)

In der Geschichte der „Delegationsbewegung“ soll dieses Dokument nicht vergessen werden.

Konversation, Korrespondenz und Ferienaustausch zwischen Deutschen und Tschechen vermittelt der Internationale Verfohnungsbund. Unentgeltliche mündliche Audienzen jeden Samstag von 4½ bis 6 Uhr in der Kabineten-Restaurations, Prag II., Ostrovi 18. Schriftliche Anfragen an Fr. Marie Sernof, Prag-Karlin, Kiegrovo nam. 7.

Brevier für junge Frauen.

Die Ehe, mit oder ohne Kinder, ist die schlechthin größte Gelegenheit zur Liebe; glücklich die Frau, die sie nützen kann.

Sorge, daß du außer deiner Liebe den Willen zur Liebe mit in die Ehe bringst und gesund erhältst. Liebe ohne Willen zur Liebe bleibt nicht sie selbst.

Es gibt für die Frau ungezählte Entwicklungsstufen in der Ehe; jede Krise, die zu einer neuen führt, ist weh, und oft hilft nur noch der Wille zur Liebe hinüber.

Seidest du und konntest es nicht ertragen, so handle, wenn es sein muß, aber klage nicht bei Unbeteiligten. Erst wenn gehandelt werden muß und du es allein nicht kannst, darfst du zu anderen davon reden. Alles, was du vorher ausdrückst, wird dadurch plötzlich wie zu einer dritten Person, die dich in Zukunft hindern wird, deinen Mann und eure Situation noch ungefürt und richtig zu sehen.

Der Mann kennt das Empfangen nicht; du mußt ihn erst lehren, sich Lieben zu lassen.

Verdun.

Die große Heerstraße, die einige sechzig Kilometer weit von Metz nach Verdun führt, schneidet mitten durch das Schlachtfeld des 16. und 18. August 1870; das Auto rattert durch Dörfer mit historischem Namen: Gravelotte, Rezonville, Bionville. Das dient dem Anschauungsunterricht. War gehörte auch damals das Wort vom „frisch-fröhlichen Krieg“ ins Notwiesch der Angehörigen, denn Flüche und Tränen galten jeder Angel, die da traf, aber als auf dieser weiten Hochfläche Infanteriemassen mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen vorgingen, Reitergeschwader mit eingeleugten Lanzen und geschwungenen Poltschen Kanonbrausen, ungedeckte Batterien auf einige hundert Schritt feuerten, war das doch noch ein Krieg im Pöderbogenstil, und die Träger der mit Eisen, Treisen und Schnüren besetzten bunten Uniformen, wie sie jetzt, verschossen und verstaubt, im Kriegsmuseum zu Mars-la-Tour hängen, weiße Halberstädter Kürassiere mit blinkenden Helmen und grüne Kaiserin-Eugenie-Dragoner mit flatternden Hahnschweiften, waren noch Soldaten nach dem naiven Geschmack des Volksliedes.

Eine Stunde später tut sich die Zone des Maschinengewehr-Kriegs von 1914 bis 1918 auf. Die ihn führten, die von ihm getroffen wurden, waren keine farbenprächtigen Soldaten mit steifem Federbusch und heroischer Haltung, sondern arme, zermürbte, graue Arbeiter des Todes. Wenn aus dem Ruhequartier eine Truppe in die vorderen Stellen abrückte, Menschen in abgerissenen Röden, schmutzigen Hosen und gestickten Stiefeln, wer fühlte sich bei solchem Anblick nicht an den Morgen in einer Industriestadt erinnert, in der durch tote Straßen das

Schattenheer des Proletariats zur Arbeit marschiert! Bierzehn Jahre ist es her, seit uns Verdun zum letztenmale sah! Durch das muntere Gewimmel eines „quatorze juillet“ tummelten wir uns, knallten vor Schießbuden die Tonpfaffen herunter, schwingen Purzelbäume in der blauen Maas und tranken in hühen Schenken roten Wein — die ganze Stadt schwamm in Sonne, Blauweißrot und Lebensfreude. Aber seit jenem 21. Feber 1926, da um 7 Uhr 15 in der Frühe aus einer Front von vierzig Kilometern die Geschütze der Armee „du Kronprinz“ anfrüllten und die erste Granate vor der doppel-türmigen Kathedrale zerprang, wird Verdun nie mehr etwas anderes sein als der Mittelpunkt der ungeheuerlichsten Schlacht, des ungeheuerlichsten Krieges. Da man an diesem grauen Apriltag durch die Porte St. Victor einfährt, streift etwas wie Scham die Seele, daß man in diesen Straßen und Gassen einst fröhlich war und lachte.

Aber waren es diese Straßen und Gassen? In dem Stadtteil links der Maas gewiß nicht, denn fast vollkommen ist er in Schutt und Trümmer. Mehr als sieben Jahre sind seit Kriegsende verstrichen. Die Einwohner, deren letzte am 25. Feber 1916 die Stadt verlassen mußten, sind längst zurückgekehrt, und die Mehrzahl der Häuser ist wieder aufgebaut, aber immer noch sieht der Fuß an Geröll, tastet der Blick an halb umgelegten Brandmauern empor, und nicht minder bekümmert die fatale Heutigkeit der meisten Gebäude. Verdun war eine uralte Siedlung, geboren in Ueberlieferung und Verwitterung, mit Patina und Maus. Jetzt aber gähnt es steinbaufesthaft mit tausend funkelnagelneuen Häusern: neu die Wände, neu die Dächer, neu die Türen, neu die Fenster, neu jeder Pflasterstein vor der Schwelle — alles atmet einen kalten Hauch des Nichts, in das die Stadt gestürzt war, und aus dem sie eben auf-erstand. Nur die in mächtige Felsen gehauene und

gesprengte Zitadelle kam glimpflich davon; ihren Mauern und Deden, fünfzehn und mehr Meter dick, vermochte kein 42-Zentimeter-Geschö etwas anzuhaben, und die armen Poilus fühlten sich, so sie aus der entseften Höhle draußen abgelöst wurden, in der Luft dieser Kasematten wie im Paradies, obwohl das Wasser ewig von den Wänden sintert und die Luft nicht von der Riviera stammt. Im Ehrensaal der Zitadelle standen auch die acht Särge mit unbekanntem Soldaten, von denen man einen auf gut Glück nahm, ihn unter den Arc-de-Triomphe zu Paris zu betten.

An nicht zu ermittelnden Toten hatte man die Auswahl, denn das ganze Gelände im Norden und Osten der Stadt vom Pesserrücken bis zum Fort Tavannes ist ein einziger, ist der schauerlichste und ausgedehnteste Friedhof der Weltgeschichte. Kein Friedhof ist Stunden weit im Umkreis, auf das die schwere Artillerie nicht getrommelt hätte: über dieses unglückliche Land fuhr Monde lang eine furchtbare Feuerwelle, alles organische Leben vernichtend. Tollstes Speerfeuer von haben, tollstes Speerfeuer von drüben; jeder Nachschub ist jämmerlich gelichtet, ehe er am Ziel anlangt, in dem schmolzen Bürtel, von beiden Artillerien geschont wird, weil sich dort die Infanterie mit Handgranaten, Maschinengewehren, Flammenwerfern ineinander verbißen hat. Wer in diesen Löchern host, ist für Ewigkeiten abgefeuert und preisgegeben; er hungert, denn keine Lebensmittel kommen durch die Feuerperre; er friert, durchnäht, denn das Regenwasser sammelt sich in jeder Vertiefung; er verblutet ohne Bestand, denn auf welchem Wege sollte man die Verwundeten bergen? So haben durch Monate Hunderttausende geliegt, so sind durch Monate Hunderttausende gestorben. Welt und breit ist kein Quadratmeter, auf dem nicht ein Mensch unter Qualen geendet wäre! Hermann Wendel.

Allem, was eine Frau tut, ist die eigentlich eheliche Liebe vorgekehrt. Was sie für den Mann tut, kann alles auch ein Mädchen tun, das ihr sogar durch die Gefahr, der es sich aussetzt, überlegen ist. Doch sind in der Ehe durch die Dauer des Verhältnisses Würde und Verantwortung jeder Handlung viel größer.

Du bleibst dem Menschen, der dich liebt, vieles schuldig.

Wir Frauen haben es so leicht, wohlzutun, Freude zu bereiten; es liegt in unserem Berufe und ist kein Verdienst, sondern einfache Pflicht. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß dieselben kleinen Wohlthaten und Rücksichten im Berufe des Mannes nicht liegen, und daß seine Dankbarkeit sich auch darin äußert, daß er sich Lieben läßt.

Du hast einen guten, einen klugen, einen tüchtigen Mann. So vergiß auch nicht, daß er verletzlicher und liebebedürftiger ist als du.

Dein Mann ist dir anvertraut und ausgeliefert; Lieblosigkeit gegen ihn ist Vertrauensbruch. Auch weißt du sehr wohl, was ihm gut und was ihm weh tut.

Du meinst, er sei besserungsbedürftig? Sei dir klar, daß du ihn nur durch Liebe und nicht durch Erziehung bessern kannst.

Man muß nicht jede Wahrheit sagen oder gleich sagen; in der Ehe findet alles seine Zeit.

Hinter einer Lüge oder Heuchelei verbirgt sich manchmal Scham; und manches, was als Wahrsichtigkeit austritt, ist Schamlosigkeit oder Grobschlächtigkeit.

Die Dinge, die dein Mann dir nicht sagt, er nicht gleich sagt, seien Gegenstand deines Respektes. Bei den ersten Tränen der Frau möchte der Mann sich vor Selbstvorwürfen zerfleischen; bei dem ersten Mißverständnis der Frau verzeihen vor Schmerz. Das gibt sich mit den Jahren; jedoch nicht, weil man gleichgültiger geworden wäre, sondern weil man immer besser weiß, daß der Geliebte sich gleichbleibt.

Wie lange muß man gütig und ungütig, liebend und gleichgültig, gut und böse gewesen sein, bis man Güte erkennt! Der Moment der ersten gewußten Güte ähnelt dem Moment des ersten selbständigen Gedankens überhaupt; er ist befriedigend und aufregend ernst, und man möchte diese Wendung der Seele um nichts in der Welt wieder verlieren.

Kleine Chronik.

Die ältesten Pferderennen. Während heute in breitesten Volkskreisen ein lebhaftes Interesse für Pferderennen herrscht, weiß man noch immer erstaunlich wenig über den Ursprung dieses Sports. Selbst in England, dem Mutterlande der Rennen, ist man darüber kaum unterrichtet. Zwar soll schon der Kaiser Severus während der Belagerung Britanniens durch die Römer in Yorkshire Rennen mit arabischen Rossen veranstaltet haben, doch ist diese Behauptung nicht genügend beweiskräftig. Wahrscheinlicher ist schon die Geschichte des französischen Königs Hugo Capet, der dem englischen König Ethelstan, als er um seine Tochter warb, ein Geschenk von „deutschen Rennpferden“ sandte. Damit werden zum ersten Male in den geschichtlichen Quellen Rennpferde erwähnt. Als regelrechten Sport findet man Pferderennen in Chester schon im Jahre 1540, und in der Regierungszeit Karls I., also in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, beschwerte man sich sogar darüber, daß zu viele Rennpferde gezüchtet würden und es deshalb an „starken Pferden“, d. h. also wohl an Akkspferden, mangelte. Auf jeden Fall waren jedoch damals die Pferderennen sehr verschieden von den heutigen. Man ließ die Tiere über große Entfernungen — bis zu zwölf Kilometern und mehr — laufen. Trotzdem behaupten Sachverständige, daß die historischen Rennpferde sich nicht mit denen unserer Zeit hätten messen können. Sie folgern das aus der Tatsache, daß die arabischen Pferde, die vor 150 Jahren die schnellsten in England waren, heute selbst von einheimischen zweiklassigen Pferde bei weitem übertroffen werden.

Gefäßigte Schmetterlinge. Daß Marken, Bilder und andere Kunstobjekte Gegenstand der Fälschung waren und weiter sind, ist eine hinlänglich bekannte Tatsache. Da aber die rege Aufmerksamkeit und Sachkenntnis der Sammler den Fälschern das Handwerk auf dem Gebiet der Philatelie sowie der Kunstsammlung immer mehr erschweren, versetzen sie nun in Amerika, wie die Zeitschrift „Natur und Kultur“ vor kurzem berichtet, auf die ganz originelle Idee, seltene, bisher noch unbekannt Exemplare von Schmetterlingen zu fabrizieren und in den Handel zu bringen, ein Unterfangen, das um so leichter zum Ziele führen mußte, als sich in manchen schwer zugänglichen und daher kaum erforschten Distrikten, beispielsweise Südamerikas, wohl noch neue unbekannt Arten von Schmetterlingen vorfinden dürften. Die Arbeitsweise der Fälscher war dabei äußerst einfach. Mit Hilfe eines Sprühverfahrens versprühten sie geringe Mengen eines Klebstoffes auf das Flügelkleid von Schmetterlingen, um dann auf dieser Unterlage verschiedene bunte, äußerst fein vermalene Puder zu fixieren. Daß es so gelang, selbst Fachleuten die „seltesten Exemplare“ anzuhängen, kann wohl nicht wundernehmen. Nun ist man den Fälschern aber doch auf ihre Schliche gekommen und hat das originelle „Kunstgewerbe“ eingestellt.

Die Stadt der Selbstmörder. Nach dem Bericht der Budapestert Rettungswache ist Budapest heute die Stadt, die von allen europäischen Städten die größte Zahl von Selbstmordfällen aufzuweisen hat. Diesen traurigen Rekord hielt die Stadt seit der Stabilisierung der Krone und des damit beginnenden Geldmangels und Mangel-elends. Als Motiv der meisten Selbstmordfälle kann man die bedrückende wirtschaftliche Lage bezeichnen. Dabei sind die angegebenen Zahlen dieser Statistik nicht immer vollständig, da nur über Fälle berichtet wurde, die durch die Rettungsgesellschaft behandelt wurden. Nach dem Bericht dieser Gesellschaft starben durch Selbstmord: im Jahre 1924 1004 Personen, im Jahre 1925 1516; im ersten Vierteljahr 1926 tödlichen sich 519 Menschen, was einem Jahresdurchschnitt von mehr als 2000 Personen entspricht. Interessant ist es, zu erfahren, weshalb diese Menschen starben. Im Jänner 1926 tödlichen sich 152 Menschen, davon 24 aus Liebeskummer, wobei selbstverständlich wirtschaftliche Motive eine ausschlaggebende Rolle spielten, 27 wegen geschäftlicher Verluste, teilweise wegen vollständigen Ruins, 6 wegen unheilbarer Krankheiten, 9 wegen Arbeitslosigkeit; in 86 Fällen war der Beweggrund nicht festzustellen. Die Todesarten, die die Selbstmörder wählten, stellt eine andere Tabelle zusammen über die Toten des Jahres 1925. Es kamen 286 Todesfälle vor durch Vergiftung mit Zylol und Sodalösungen, 226 durch Veronal, Morphium usw., 204 durch Gas, und, was höchst merkwürdig klingt, 143 Fälle durch Vergiftung mit Aspirin.

Bolkswirtschaft.

Die Textilindustriellen gegen die Sozialversicherung.

Vorgestern fand die Generalversammlung der Textilindustriellen statt, in der unter anderem folgende Resolution angenommen wurde:

Was unsere sozialpolitische Gesetzgebung betrifft, sind wir der Ansicht, daß die höchste Grenze bereits erreicht ist und daß jede weitere Belastung der Industrie eine ernste Störung unseres gesamten Wirtschaftslebens zur Folge hätte. Wir fordern auch, daß die Wirksamkeit der Sozialversicherung mit Rücksicht auf die gegenwärtig in allen Branchen herrschende wirtschaftliche Krise wenigstens bis zu der Zeit verschoben wird, da die wichtigsten Handelsverträge mit Magnarien, Jugoslawien, Rumänien und Deutschland abgeschlossen sind.

Die herausfordernde Sprache, die sich die Textilindustriellen da erlauben, ist einfach unerhört. Es zeigt sich, was die Unternehmer sich infolge der Schwäche der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei alles erlauben. Die Antwort auf diese herausfordernde Sprache muß eine zielbewußte Arbeit in den Gewerkschaften sowie die Gewinnung der vielen Tausenden von Indifferenten für die Organisation der Arbeiter sein!

Die Wiener Arbeiterbank.

Vor drei Jahren ist in Wien das Finanzinstitut der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen gegründet worden. In den drei Jahren ihres Bestandes hat sie allen Zweifeln gezeigt, daß es sich um kein Experiment handelte, sondern daß sie, einem wirklich vorhandenen Bedürfnisse entsprechend, dadurch in stande war, drei Jahre der schärfsten Krise und Wirtschaftsnot stand zu halten. Viele Institute fielen ihr zum Opfer, Neugründungen, die nur dazu da waren, um Emissionsgewinne zu bringen und bei denen uns der Zusammenbruch nicht wunderte, aber auch alte, gut eingeführte Firmen.

Die Arbeiterbank A. G. in Wien zeigt vielmehr einen stetigen Aufstieg von Jahr zu Jahr, alle Hoffnungen unserer Gegner, alle Befürchtungen zweifelnder Freunde haben sich nicht erfüllt. Gen. Dr. Karl Kerner, der Präsident der Arbeiterbank A. G., hat auf der letzten Generalversammlung vom 26. April d. J. ein Referat gehalten über „Wirtschaftskrise, Genossenschaftswesen und Arbeiterbank“. Es klingt wie ein Manifest, was Gen. Kerner sagt, er hat dabei mit allen abgerechnet, die die schaffende Kraft des Proletariates nicht sehen wollen und er wollte letzten Endes Rechenschaft ablegen über die Gründe des Erfolges der Arbeiterbank.

Er sprach zuerst über die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Trotz dieser Krise konnten die wirtschaftlichen Institute der Arbeiterschaft, in deren Dienst sich die Arbeiterbank stellte, auch heuer günstig abschließen. Warum? „Der letzte und tiefste Grund dieser Widerstandskraft liegt in der genossenschaftlichen Natur dieser Einrichtungen.“

Die Genossenschaft organisiert den Konsum wie er ist; in guten Zeiten ausgedehnter, in schlechten Zeiten eingeschränkter, aber immer durch die genossenschaftlichen Methoden täglich, wöchentlich, monatlich erfahrbar. Der Konsum oder der Bedarf wird methodisch gedeckt, entweder durch den Großverkauf oder durch Eigenproduktion. Verstehen die Genossenschaftsvereinigungen den Bedarf vorher zu beachten und zu berücksichtigen, so kaufen sie in genauer Anpassung ein und vermeiden in guten Zeiten zu knappen und in schlechten Zeiten zu reichlichen Lager, so passen sie auch die Eigenproduktion diesem Bedarf an. Da nun selbst in den kleinsten Zeiten ein Verbrauchminimum aufrecht erhalten werden muß, so kann die genossenschaftliche Eigenproduktion niemals ganz still stehen, so ist ein Beschäftigungsminimum gesichert. Satten sich die Genos-

schaftsverwalter dieses Beschäftigungsminimum bei der Anlage der Betriebe vor Augen, so können sie diese Betriebe nahezu krisenfrei halten...

Von den mannigfachen Genossenschaftszweigen hatte die Arbeiterschaft bis zum Kriege fast nur einen einzigen Zweig, den Konsumgenossenschaftlichen, gepflegt. Daß es auch Kreditgenossenschaften gibt, daß die kreditgenossenschaftliche Organisation insbesondere für die ländlichen Kreise das Fundament aller genossenschaftlichen Tätigkeit war, blieb der Arbeiterschaft lange verborgen. Zwar waren die Konsumvereine von altersher meist auch Sparvereine und nahmen Spareinlagen an. Die Spannkraft der Klasse aber wird seit jeher in weit höherem Maße und viel gleichmäßiger ausgewertet durch die sozialen Versicherungsinstitute und durch die Gewerkschaften, welche beide gewaltige Fonds zu sammeln berufen sind. Zum anderen Teil aber nehmen die Postsparkasse, die freien Sparkassen, die Gemeindeparkassen, die Raiffeisenparkassen und unmittelbar die Banken noch immer den Löwenanteil der Sparkraft des Proletariates in Anspruch und stellen sie in den Dienst bürgerlich-kapitalistischer Interessen.

Kapital konnte die Genossenschaftsbewegung zwar nicht aus dem Nichts erschaffen, aber sie konnte die Sparkraft der Massen genossenschaftlich in einem Zentralinstitut vereinigen, sie konnte Kapital, das von den Arbeitern aufgespeichert, kapitalistischen Interessen dienstbar war, für die Genossenschaften nutzbar machen, indem sie dieses Kapital in einem eigenen Institut einbrachte und an die Genossenschaften weitergab. Diese im Grunde einfache Idee, dieser heute selbstverständlich gewordene Gedanke wurde in der Arbeiterbank verwirklicht.

Der Bericht der Direktion zeigt, daß die Arbeiterbank trotz des allgemeinen Stillstandes eine konstante Aufwärtsbewegung mitgemacht hat. Die Einlagen sind im Jahre 1925 von 14.000.000 Schillingen auf ungefähr 22.000.000 gestiegen, also um 56 Prozent. Da das Geschäft einen immer größeren Umfang annahm, wurde das Aktienkapital von 500.000 S. auf 1.000.000 S. erhöht. Das allgemeine Bankgeschäft hat einen erfreulichen Aufstieg zu verzeichnen durch die Beteiligung am russischen Geschäft durch die Finanzierung der „Ratao“. Das Spareinlagengeschäft hat sich ebenfalls günstig entwickelt. Der Stand ist von ungefähr 350.000 S. auf 1.050.000 S. gestiegen, also um mehr als 33 Prozent, trotzdem die Bank keinerlei Propaganda für den individuellen Spareinlagenverkehr macht.

Die Arbeiterbank A. G. umfaßt folgende Konzerninstitute: Die Stafa-Warenhaus A. G., das Stafa-Kreditinstitut für öffentliche Angestellte, die „Gara“ Garantiegesellschaft für öffentliche Angestellte, ferner ist die Arbeiterbank an der österreichischen Wäsche- und Bekleidungs A. G. und A. G. für Textilindustrie, an den Vereinigten Leder- und Schuhfabriken, am „Jungbrunnen“ und „Anorecla“ beteiligt.

Wir sehen also, daß die Arbeiterschaft Deutsch-Oesterreichs daran gegangen ist, sich unabhängig zu machen von der bürgerlich-kapitalistischen Finanzwelt. Sie hat sich ein eigenes Kreditinstitut geschaffen, das ihre Genossenschaften und Eigenproduktionen finanziert. Die Tätigkeit der Arbeiterbank A. G. in den drei Jahren ihres Bestehens hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft den richtigen Weg eingeschlagen hat, den Weg der genossenschaftlichen Selbsthilfe auf allen Gebieten.

Die Toppfeiertage und das graphische Gewerbe. Das Chaos, welches in das öffentliche Leben durch das Gesetz über die Feiertagsregelung gebracht worden ist und welches sich namentlich in den graphischen Betrieben fühlbar macht, veranlaßte, wie wir dem „Gutenberg“ entnehmen, die Gemein-: Vertretung, von der Prinzipalität die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz zu verlangen. Die Konferenzen der Vertreter der beiden Vertragsparteien sollte sich mit der Forderung der Gehilfenschaft befassen, daß der Montag nach Ostern und Pfingsten und der zweite Weihnachtstag wieder als freie Tage in den Druckereien eingeführt werden und daß die Wiedereinführung dieser Feiertage auf Kosten der Unternehmer geschehen solle. Die Prinzipalität lehnte das Ansuchen der Gehilfenschaft auf Wiedereinführung der in Rede stehenden Feiertage auf Kosten der Unternehmer ab und bezeichnete die Einberufung einer Konferenz als gegenstandslos. Die Ablehnung wird damit begründet, daß andere Feiertage, welche aufgestellt hätten werden sollen, bestehen blieben, daß ferner neue Feiertage als Gedenktage neu eingeführt wurden und daß außerdem auch die bezahlten Sommerurlaube gewährt werden müßten.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag 7 Uhr „Aida“. Samstag halb 8 Uhr „Das Spiel um die Liebe“. Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Die Geisha“, 7 Uhr Gastspiel Leop. Kramer: „Die Teresina“. Montag 7 Uhr „Samlet“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Kulturverb.-Vorst., Gastsp. Leop. Kramer „Papa“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag 8 Uhr nachm. „Nidel und die 36 Gerechten“, halb 8 Uhr „Der fröhliche Weinberg“. Montag Bankbeamtenvorstellung „Der Selige“, „Schlimme Buben“, „Brüderlein fein“.

Der Film.

Helden der Liebe. Ein amerikanischer Großfilm, der in der bekannt großmütigen Art ein verführerisch ausgestattetes Bild des unerschöpflichen Stoffes „Liebe“ darstellt. Man kann den Amerikanern nicht absprechen, daß sie einen feinen Sinn für zugkräftige Waffenschlager haben. Erstklassig, klare Aufnahmen, schöne Menschen, gediegene Ausstattung, herrliche Naturbilder und echt amerikanisches Tempo und Spannung runden den Gesamteindruck dieser Filme wohlgefällig ab, doch alles kann oft nicht über die Schwäche der Fabel hinweghelfen, die meist in psychologischer Hinsicht auf sehr schwachen Füßen steht. So ist auch dieser Film zu werten. Für anspruchlose Zuschauer ist er ein zugkräftiger Schlager, doch dem wäherischen Filmfreund wird eine gewisse Oberflächlichkeit und Unnatürlichkeit des Vorwurfs kaum entgehen. Die Gestalten an und für sich sind gut gezeichnet, aber sie handeln manchmal so unverständlich, daß man es nicht nur so ohne weiteres hinnehmen kann. Wie dankbar wären wir trotzdem den Amerikanern, wenn sie nur Filme dieser Art bei uns einführen wollten! In der Hauptrolle Virginia Balli und Lloyd Hughes, der allerdings mehr zur Verschönerung des Filmes als zum Spiel dazu sein scheint. Im übrigen bringt der Film in schauspielerischer Hinsicht bemerkenswerte und packende Leistungen.

Die Modekönigin. Ein gediegener Paramount-Film, der auch den anspruchsvollen Zuschauer befriedigen wird. Eine arme Pariser Schneiderin lernt während des Krieges einen jungen amerikani-

sehen Offizier kennen und lieben. Er muß später wieder ins Feld und vergißt das Mädchen. Nach dem Kriege kehrt er nach Amerika zurück, wo er Mitbesitzer eines großen Modegeschäftes ist; er verlobt sich mit der Tochter seines Kompagnons, die wieder den Geschäftsführer gern hat. Aus der armen Schneiderin ist indessen die „Modekönigin“ geworden, die ebenfalls nach Amerika überfledelt ist, wo sie dann anlässlich einer Modedemonstration mit dem geliebten Manne zusammenkommt. Nach sehr spannenden und realistisch gebrachten Entwicklungen kommt es zum icklichen Ende. Die verführerische Handlung ist von warmer, tiefdurchfühler Menschlichkeit getragen, wie man sie, besonders in amerikanischen Filmen, nicht oft zu sehen bekommt. Sowohl die Ausstattung als auch das Spiel aller Hauptpersonen ist lobend hervorzuheben. Tiefgreifend ist das erste Bild des Filmes, das eine erschütternde Anklage gegen den Krieg und seine Folgen darstellt: ein einarmiger Invalide versucht vergeblich, sich eine Zigarette in Brand zu stecken, was ihm erst die entgegenkommende, von tiefem Mitleid erfüllte kleine Schneiderin ermöglicht. Ein Bild, das in seiner Einfachheit und Ungezwungenheit geradezu schreit.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs-A. G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holt.

WARUM HAT



Berson 750

EINE SO UNGLAUBLICH LANGE LEBENSDAUER?

Rohmaterial: BERTSON 750 sind aus den besten Para-Gummiarten hergestellt, haben im Vergleich zu allen anderen Gummiabätzen den größten Rohgummianteil und erklärt sich daraus die besondere

DAUERHAFTIGKEIT

Industrielle Leistungsfähigkeit: BERTSON 750 werden in den größten Fabriken der C. S. R. hergestellt und sind diese Fabriken auf dem Weltmarkt so leistungsfähig, daß sie für die hochwertigen Gummiabätze BERTSON 750 den billigsten Inlandspreis rechnen können. BERTSON 750 hat eine unerreichte Qualität und ist bedeutend

BILLIGER ALS LEDER

Paßform: BERTSON 750 ist das Resultat der Erfahrungen, die von den ersten Schuh- und Gummi-Fachleuten in der ganzen Welt gesammelt wurden. BERTSON 750 sind lachmännisch montiert —

ELEGANT UND PRAKTISCH

FÜR DEN GUTEN SCHUH DEN BESTEN GUMMIABSATZ!

Berson 750

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Arenal, Prag-Nezazanka.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Mitgliedskonzert PRAG II., Hybernáská Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Pochova 27. Unser Stammlokal.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!

KINO-PROGRAMM vom 14. Mai bis 20. Mai 1926:

LIDO BIO „Hugenotten“. (Barnolemeleche Nachr.) Histor. Drama in 7 Teilen. In d. Hauptrollen: Norma Talmadge, Conway Tearle.

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prag. „Wir armen kleinen Mädchen“ mit Olaf Florid.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft

empfehl sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kantleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen Böchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faktoren, Briefpapieren usw. in schneller und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.